

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Für die Festigung des Friedens, gegen die Vorbereitung eines Krieges!	1
L. SEDIN — Die norwegische Politik am Scheidewege	3
D. PETROWSKI — Der Wirtschaftsaufschwung in den Ländern der Volksdemokratie	6
E. ERBAN — Ein historisch bedeutendes Jahr im Leben der Tschechoslowakei	10
A. LEONTJEW — Vor einem Scherbenhaufen (Die Auslandspresse über die Ergebnisse und die Perspektiven des Marshallplans)	14
Internationale Umschau (Notizen)	19
F. POTJOMKIN — Der Prozeß gegen Kardinal Mindszenty (Notizen eines Korrespondenten)	22
Kritik und Bibliographie:	
L. ROWINSKI — Der Mechanismus des „Garnisonstaats“	26
Aus dem Briefkasten der Redaktion: Brief eines ägyptischen Journalisten	30
Chronik der internationalen Ereignisse	32

8

16. Februar 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Für die Festigung des Friedens, gegen die Vorbereitung eines Krieges!

DIE Antworten J. W. Stalins auf die Fragen Kingsbury Smith' und die Weigerung des Präsidenten Truman, einen Friedenspakt mit der Sowjetunion zu schließen, werden in der ganzen Welt nach wie vor weithin erörtert. Die von der Presse der Monopole eingeleitete Propaganda, die den durch Trumans Ablehnung eines Friedenspaktes hervorgerufenen Eindruck auszulöschen sucht, verfehlt unverkennbar ihr Ziel. Auch die wendigsten Zeitungsakrobaten sind nicht imstande, sich etwas auszudenken, was den mangelnden Willen der regierenden Kreise Washingtons, Verhandlungen zwecks Regelung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu führen, bei den einfachen Menschen rechtfertigen könnte.

Die Ursachen dieses mangelnden Willens sind jedermann klar, der die jetzige Politik des britisch-amerikanischen Blocks verfolgt. Durch den Rauchvorhang endloser Deuteleien, durch den Dunst der Falschmeldungen, durch die Schwaden der Worte von den friedfertigen Absichten der britisch-amerikanischen Politiker schimmert deutlich der wahre Sinn der Politik durch, die die Imperialisten gegenüber der Sowjetunion betreiben. Diese Politik ist durch zwei Hauptzüge charakterisiert.

Ihr erster Wesenszug ist die bewußte und planmäßige Abkehr der regierenden Kreise der USA und Englands von den Jaltaer und Potsdamer Abkommen, also auch von den Prinzipien demokratischer Friedensregelung und ehrlicher internationaler Zusammenarbeit. Nur auf der Grundlage dieser Prinzipien kann ein dauerhafter Friede hergestellt werden. Demgegenüber schreit die Presse der amerikanischen und der englischen Monopole mit einem Eifer, der besserer Anwendung würdig wäre, es könne „keine Rückkehr zu Jalta und Potsdam“ geben, wobei sich die englische Labourpresse durch die kreischendsten Töne auszeichnet. Aber die Tintenklis des Dollars verraten hierdurch nur, was sie mit allen Mitteln zu verbergen streben, nämlich, daß die Nachkriegspolitik der USA und Englands von rein imperialistischen Zielsetzungen geleitet wird. Auf Weltherrschaft und auf Entfesselung eines neuen

Krieges gerichtete Pläne sind unvereinbar sowohl mit den Abkommen von Jalta und Potsdam als auch mit ehrlicher Zusammenarbeit mit dem Sowjetland. Die Abkehr von diesen Abkommen bedeutet Rückkehr zu der früheren Antisowjetpolitik, die auf fortwährend versuchter Isolierung der Sowjetunion aufgebaut war, auf der Politik, die in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg praktiziert wurde und bekanntlich zu den katastrophalsten Folgen geführt hat. Rückkehr zur Politik der Isolierung der Sowjetunion — das ist es, was dem projektierten Nordatlantikpakt und allen mit ihm zusammenhängenden militärisch-aggressiven, der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie feindlichen Blocks und Gruppierungen zugrunde liegt.

Dies ist der erste Charakterzug der jetzigen britisch-amerikanischen Politik.

Ihr anderer Wesenszug ist tödliche Angst vor dem Anwachsen der demokratischen Kräfte, vor der Aktivität der Volksmassen, vor ihrem zunehmenden Kampf gegen den Imperialismus, gegen die kapitalistische Sklaverei in den Mutterländern und gegen die unmenschliche Unterjochung in den Kolonien. Alle die kolossalen Verlagerungen, die in der Nachkriegswelt im Bewußtsein der Volksmassen vor sich gegangen sind, werden von den regierenden Kreisen Washingtons und ihren westeuropäischen Satelliten mit dem einen Wort „Kommunismus“ deklariert. Jedesmal, wenn die Volksmassen ihr Streben nach nationaler Unabhängigkeit, nach Beschränkung der gierigen Gelüste der Monopole, nach Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen durch die Tat bewähren, wird das von den imperialistischen Politikern als „Kommunismus“ qualifiziert.

Die tierische Angst der kapitalistischen Welt vor der demokratischen Bewegung der Gegenwart und ihr blinder Haß gegen sie finden ihre Widerspiegelung auf jeder Seite der reaktionären Presseorgane. So sind die Kommentare des englischen Wochenblatts „The Observer“ zu den Antworten des Genossen Stalin an Kingsbury Smith nichts weiter als ein panisches Jammer-

geschrei darüber, daß der internationale Kommunismus in letzter Zeit „Erfolge errungen hat, wie die Welt sie vielleicht seit dem Augenblick der russischen Revolution nicht gesehen hat“. Dieses Wochenblatt nennt z. B. die Befreiung des chinesischen Volkes von dem Joch des reaktionären Regimes, das auch im Lager des „Observer“ nur als verfault und bankrott gegangen erkannt werden kann, ein „Unglück“ und eine „Katastrophe“.

Die Angst vor dem eigenen Volk veranlaßt die vermögenden Klassen der westeuropäischen Staaten, sich von den amerikanischen Imperialisten gängeln zu lassen. Aus Furcht vor den Volksmassen der eigenen Länder sind die bürgerlichen Politiker Westeuropas bereit, vor den die nationalen Interessen und die Unabhängigkeit der westeuropäischen Staaten bedrohenden Eroberungszielen des amerikanischen Imperialismus die Augen zu schließen.

Alle Betrachtungen der Monopolpresse über die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen im Zusammenhang mit der Ablehnung eines Friedenspaktes durch Truman enthüllen unzweifelhaft, daß die britischen und die amerikanischen Politiker nicht gewillt sind, mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten oder auch nur über Zusammenarbeit mit ihr zu verhandeln. Sehen sie doch in der Sowjetunion das Haupthindernis auf dem Wege zur Erringung der Welthegemonie.

Was kann vom Standpunkt der Entwicklung sachlicher gegenseitiger Beziehungen der beiden Mächte eine solche Konzeption bedeuten, wenn sie aus den Spalten der von den Monopolen gekauften Zeitungen und den Auslassungen der Kriegsbrandstifter auf das Gebiet der praktischen Politik übergeht? Nur eins: die Proklamierung der Unmöglichkeit eines friedlichen Nebeneinanderbestehens der beiden Systeme, eine Ablehnung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, weil ihre gesellschaftliche und soziale Ordnung sowie ihr politisches Regime den regierenden Kreisen Amerikas und Englands nicht gefällt.

Das ist der zweite Charakterzug der jetzigen britisch-amerikanischen Politik.

Die Sowjetunion steht bekanntlich auf einem anderen Standpunkt. Durch ihre folgerichtig durchgeführte Friedenspolitik hat sie tatkräftig ihren Willen bewiesen, mit den USA, mit England und mit anderen Ländern ehrlich zusammenzuarbeiten, ganz einerlei, welche Zustände in diesen Ländern herrschen. Die regierenden Kreise Amerikas und Englands aber lehnen eine solche ehrliche Zusammenarbeit aus dem offenkundigen Grunde ab, weil ihre Politik auf Diktat, auf dem

Bestreben beruht, anderen Staaten ihren Willen aufzudrängen, um ihre unumschränkte Herrschaft in der ganzen Welt errichten zu können.

Woher stammen die deutsche Frage und der „kalte Krieg“ in Berlin? Nur aus dem Bestreben der britisch-amerikanischen Monopole, in Deutschland Zustände herzustellen, die den demokratischen Prinzipien der Abkommen von Jalta und Potsdam schlechterdings nicht entsprechen, Zustände, die keine Friedensgarantien schaffen, sondern, im Gegenteil, die Sicherheit Europas bedrohen. Der Gang der Verhandlungen über die Berliner Frage hat gezeigt, daß es durchaus möglich ist, eine Verständigung zu erzielen. Aber wollen die amerikanischen Anstifter des „kalten Krieges“ das? Dies ist die ganze Frage. Ein Organ der amerikanischen Geschäftskreise, „Business Week“, hat sich am 29. Januar, also noch vor Veröffentlichung der Antworten des Genossen Stalin an Smith, über das Berliner Problem mit lobenswerter Offenherzigkeit ausgesprochen. Es schrieb, wenn die Sowjetunion die Berliner „Blockade aufhobe“, so werde das eine sehr schwierige Lage für das Staatsdepartement schaffen.

Die forcierte Aufrüstung, die Militarisierung der USA und der Länder des Westblocks, die Wiedererweckung des aggressiven Militarismus in Westdeutschland, die geplante Verwandlung Englands in einen amerikanischen Flugzeugträger, Italiens in eine amerikanische Festung, der skandinavischen Länder in amerikanische Stützpunkte usw. — alles das sind Pläne der Entfesselung eines Krieges und nicht Pläne der Verteidigung der USA und des Friedensschutzes. Das militärische Vordringen der USA in einer Anzahl souveräner Staaten, die Mitglieder der Vereinten Nationen sind, und ihre Festsetzung in diesen Staaten sind nicht nur eine Erscheinungsform der Gewaltpolitik gegenüber der Sowjetunion, sondern auch eine Bedrohung der Unabhängigkeit einer ganzen Anzahl von Ländern, die von den britisch-amerikanischen Weltherrschaftspräbendenten in die Westliche Union und den Nordatlantikkblock hineingeschleift werden.

Die amerikanische Propaganda ist trotz ihrer ganzen Unverfrorenheit nicht imstande, alle diese Tatsachen zu vertuschen. Die Situation ist für sehr weite Gesellschaftskreise aller interessierten Länder klar genug. Die Schwierigkeiten, die bei der Bildung des Nordatlantikkblocks zutage getreten sind, die Proteste der demokratischen Organisationen gegen dieses Unternehmen sind sehr bezeichnend. Je klarer den Völkern das Wesen der amerikanischen Politik wird, um so stärker ist der Widerstand, den sie dieser Politik entgegensetzen.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben erneut handgreiflich gezeigt, daß es in der internationalen Politik zwei politische Kurse gibt: die Friedenspolitik der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie, die sich auf den Beistand der Friedensfreunde in allen Ländern stützt, und die aggressive Politik des britisch-amerikanischen

Blocks, die auf die Vorbereitung eines neuen Krieges gerichtet ist. Die Reaktion der öffentlichen Meinung auf die Weigerung Trumans, einen Friedenspakt abzuschließen, hat klargestellt, welches Verständnis und welche Unterstützung die sowjetische Politik des Kampfes für den Frieden in weiten demokratischen Kreisen findet.

Die norwegische Politik am Scheidewege

L. SEDIN

DER AUSTAUSCH von Erklärungen zwischen der sowjetischen und der norwegischen Regierung über das Verhalten Norwegens zur Frage der atlantischen Union hat in der ganzen Welt viel Aufsehen erregt.

In letzter Zeit schrieb die westliche Presse, auch die Norwegens, viel über einen bevorstehenden Anschluß Norwegens an die militärisch-politische Gruppierung, die von den USA zusammengeschustert wird. Es wurde offen darauf hingewiesen, daß der hauptsächliche Beweggrund, weshalb die Initiatoren der atlantischen Union so sehr darauf aus sind, Norwegen in ihre Gesellschaft zu locken, die vorteilhafte strategische Lage dieses Landes ist sowie der Umstand, daß die auf seinem Territorium geplanten Stützpunkte einigen wichtigen Industriezentren der Sowjetunion und anderer europäischer Länder sehr nahe liegen.

Selbstverständlich konnte die Sowjetunion, die an einer Aufrechterhaltung des Friedens in Europa tiefst interessiert ist und an Norwegen grenzt, derartigen keineswegs friedliebenden Plänen und Projekten nicht gleichgültig gegenüberstehen. Am 29. Januar ersuchte der Botschafter der Sowjetunion in Oslo die norwegische Regierung um Aufklärung darüber, inwieweit die Pressemeldungen über einen von Norwegen beabsichtigten Beitritt zur atlantischen Union begründet sind, sowie darüber, ob die norwegische Regierung im Zusammenhang hiermit irgendwelche Verpflichtungen bezüglich der Schaffung von Luftflotten- und Marinestützpunkten auf norwegischem Territorium übernehme.

Man kann nicht behaupten, daß die Antwort des norwegischen Außenministers, Herrn Lange, und die darin gegebene Einschätzung der Ziele und des Charakters der atlantischen Union dazu beigetragen hätten, die erforderliche Klarheit in die Situation zu bringen. Im Gegenteil, in dieser Antwort wird der Versuch gemacht, die atlantische Union als harmloses „Regionalabkommen“ hinzustellen. Außerdem spielt Herr Lange in

seiner Antwort darauf an, daß Norwegen von seiten der Sowjetunion ein Überfall drohen könne.

Natürlich konnte eine solche Antwort nicht als befriedigend angesehen werden. Ist es doch klar, daß die Eingliederung Norwegens in die atlantische Union dieses Land unweigerlich in die militärischen und politischen Kombinationen einer gewissen Mächtegruppierung hineinzöge, die weitgehende aggressive Pläne verfolgt. Gleichzeitig ist bekannt, daß die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Norwegen im Laufe von Jahrzehnten ein Muster gutnachbarlicher Beziehungen zwischen einer Großmacht und einem kleinen Staat gewesen sind. Das Sowjetvolk hat während des zweiten Weltkriegs zur Befreiung Norwegens vom Joch der faschistischen Okkupanten beigetragen. Dabei blieben die Sowjettruppen nicht länger als erforderlich auf norwegischem Territorium und wurden sogar früher zurückgezogen, als die norwegische Regierung es gewollt hatte.

Auch jetzt zeigte die Sowjetregierung völliges Verständnis für die Interessen Norwegens. Um auch nicht die leiseste Spur eines Zweifels an den gutnachbarlichen Absichten der Sowjetunion aufkommen zu lassen, schlug diese einen Nichtangriffspakt der beiden Staaten vor. Ein solcher Schritt entspräche restlos den Interessen Norwegens.

Die demokratische Öffentlichkeit Norwegens verurteilt, ebenso wie die demokratischen Kreise ganz Europas, schon längst das Bestreben der Reaktionäre, dieses Land um jeden Preis in die aggressiven Kombinationen der imperialistischen Staaten hineinzuzerren, für die es nicht mehr bedeutet als einen Punkt auf den strategischen Weltkarten. Die günstige Gelegenheit zur Stärkung der Sicherheit Norwegens, wie sie durch den Vorschlag der Sowjetunion geboten wird, dürfe nicht ungenützt bleiben — so denken breite Schichten des norwegischen Volkes. In den regierenden Kreisen Oslos aber wurde der Sowjetvorschlag völlig anders aufgenommen.

Im ersten Augenblick reagierten die Lenker Norwegens und die Rechtsblätter mit unverkennbarer Bestürzung. Der von Friedensliebe zeugende Schritt der Sowjetregierung, der die Beseitigung von Mißtrauen und die Festigung gegenseitigen Vertrauens zum Zweck hatte, wurde von ihnen mit Gereiztheit aufgenommen, die man begreifen kann, nur wenn man in Betracht zieht, wie weit die regierenden Kreise der skandinavischen Länder in der Unterordnung der Interessen ihrer Völker unter die Absichten des englisch-amerikanischen Blocks schon gegangen sind. Nicht nur in Norwegen, sondern auch in Schweden und Dänemark suchten die reaktionären Blätter vor allem einmal den Sinn des Sowjetvorschlags zu entstellen und ihm fälschlich einen gewissen sensationellen Charakter zu geben.

Das Stockholmer „Svenska Morgonblad“ erklärte, die russische Note habe in Norwegen große Spannung ausgelöst. Ein anderes schwedisches Blatt, „Expressen“, bezeichnete das Telegramm über den Sowjetvorschlag in der Überschrift als eine neue politische Bombensensation in Oslo. Das alles geschah zu dem einzigen Zweck, den wahren Charakter des Sowjetvorschlags zu verzerren und diesen als einen gewissen Schachzug im diplomatischen Spiel hinzustellen. Nur in einer Atmosphäre der Kriegspsychose, wie sie von den englisch-amerikanischen Imperialisten in Skandinavien vorsätzlich entfacht wird, kann ein Vorschlag über den Abschluß eines Friedenspakts zwischen zwei Ländern als unangenehme Sensation ausgelegt werden.

Aber auch andere Mittel wurden in Aktion gesetzt, um das Vertrauen zu der Initiative der Sowjetunion zu erschüttern. Schwedische und norwegische Blätter begannen zu schreiben, die Sowjetunion habe den Moment für ihren Schritt „geschickt abgepaßt“, sie habe einen „Nervenkrieg“ gegen Norwegen begonnen usw. Wie unsinnig solch böswillige Lügen sind, geht schon aus der allgemein bekannten Tatsache hervor, daß der Austausch von Erklärungen in Oslo durch gewisse Handlungen nicht der sowjetischen, sondern der norwegischen Regierung veranlaßt war. Erst in dem Augenblick, als Norwegens Absicht, sich der atlantischen Union anzuschließen und weitgehende, sich aus diesem Akt ergebende Verpflichtungen zu übernehmen, völlig klageworden war, erst da erfolgte die erste Anfrage der Sowjetregierung. Ganz ebenso erfolgte die zweite Sowjetklärung als Antwort auf die Erläuterung Langes, die keineswegs als zufriedenstellend anerkannt werden konnte. So steht es mit der „Abpassung des Moments“.

Die Presse der amerikanischen und der englischen Monopole eröffnete, gemeinsam mit den Rechtsblättern der skandinavischen Länder, unverzüglich eine wüste Verleumdungshetze gegen den Vorschlag der Sowjetregierung. Es ist schon lange der Brauch, daß solche Kampagnen durch eine unsichtbare aber klar zu erkennende Hand von einer einzigen Zentrale aus dirigiert werden. In diesem Fall wäre es jedoch richtiger, nicht von einem Dirigentenstab, sondern von einem Knüttel zu reden, derart plump und zynisch ist die ganze Sache aufgezogen. Einige Tage hindurch wurden zwei oder drei mit Mühe und Not zusammengestoppelte Argumente in den verschiedenen Sprachen beider Hemisphären fast wörtlich wiederholt. Keine üble Illustration für die „Pressefreiheit“ in den heutigen bürgerlichen Ländern!

Der Sinn dieser armseligen Argumente kann dahin zusammengefaßt werden, die Unterzeichnung von Nichtangriffspakten sei angeblich der erste Schritt zu — einem Kriege. Amerikanische, englische, norwegische, schwedische und dänische reaktionäre Blätter suchen eigensinnig den hanebüchernen Unsinn zu beweisen, die Unterzeichnung eines Nichtangriffsvertrags sei so gut wie ein erster Schuß.

Das Signal zur Eröffnung der böswilligen Kampagne wurde von jenseits des Weltmeers gegeben. Schon am Abend des 6. Februar spielte der Newyorker Rundfunk in seinen ersten Kommentaren zum Sowjetvorschlag provokatorisch darauf an, die Sowjetunion habe ja früher derartige Pakte mit Finnland, Polen und auch Deutschland abgeschlossen. „Danach befand sich Rußland jedoch im Kriegszustand mit diesen Ländern.“

Das ist die Quintessenz fast aller Beweisgründe der Gegner eines sowjetisch-norwegischen Nichtangriffspakts. Wie wir sehen, haben die USA-Imperialisten und ihre skandinavischen Nachbeter in ihrem ideologischen Arsenal nichts als böswillige Fälschungen allgemein bekannter historischer Tatsachen.

Übrigens läßt der Vorschlag, den die Sowjetunion Norwegen gemacht hat, von dem Lügengewebe der imperialistischen Propaganda keinen Faden heil.

Das Pariser Blatt „Franc-Tireur“ schreibt, die Sowjetnote sei äußerst logisch, und die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen zeichneten sich durch große Überzeugungskraft aus. Das Blatt wirft die Frage auf, warum denn Norwegen keinen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion abschließen, wenn es sich vor ihr fürchte.

Aus Kommentaren der Presse und offizieller Kreise der USA geht hervor, daß die von

Friedensliebe veranlaßte Initiative der Sowjetunion Norwegen jede Rechtfertigung für den Anschluß an den atlantischen Pakt nimmt, da sie das Land der Notwendigkeit enthebt, sich in das Spiel der imperialistischen Mächte einzuschalten. Was wiegt allein schon die Erklärung Achesons, er verstehe sehr wohl, in welcher „heikler Lage“ Norwegen sich befinde? Was wiegen die wiederholten Geständnisse anderer offizieller Persönlichkeiten Washingtons über die „delikate diplomatische Stellung Norwegens“? Gestehen sie damit nicht indirekt ein, daß die Anhänger einer Eingliederung Norwegens in die aggressive atlantische Union keinerlei Argumente für diesen Schritt mehr haben?

Selbst das Blatt der rechtsstehenden finnischen Sozialdemokraten, „Suomen Sosialidemokraatti“, muß zugeben, daß keine der Erfahrungen, die die skandinavischen Länder in der Vergangenheit gemacht haben, dafür zeugt, daß kleine Länder den Schluß zu ziehen haben, die Sicherheit könne am besten im Rahmen gewisser politischer Blocks mit aggressiven Zielen gewährleistet werden. Der Anschluß kleiner Länder an solche Blocks nehme ihnen sogar die Hoffnung, bei einem Krieg aus dem Spiel gelassen zu werden.

Zum Schluß weist das Blatt darauf hin, daß die norwegisch-amerikanischen Verhandlungen die norwegische Regierung in eine recht mißliche Lage gebracht haben.

In blinder Feindseligkeit gegen die Sowjetunion suchen die imperialistischen Propagandaorgane, allem gesunden Menschenverstand zum Trotz, weiter nach „Beweisgründen“ für den Nutzen einer Angliederung Norwegens an die atlantische Union. Die reaktionäre „Yorkshire Post“ rät der norwegischen Regierung z. B., die Unterzeichnung eines Nichtangriffspakts mit der Sowjetunion zu vermeiden, weil,

„allgemein gesprochen, solche Pakte überflüssig sind... Da Rußland und Norwegen Mitglieder der UNO sind, ist Rußland bereits verpflichtet, Norwegen nicht anzugreifen.“

Dies englische Blatt, das sich Mühe gibt, es Washington recht zu machen, bemerkt nicht, daß sich seine Argumente vor allem gegen die Initiatoren der atlantischen Union richten. Wenn nämlich die UNO-Satzung sogar Nichtangriffspakte zwischen den Mitgliedern dieser Organisation „überflüssig“ macht, so sind derart aggressive Kombinationen wie die atlantische Union, deren Organisatoren die Grundfesten der internationalen Sicherheitsorganisation untergraben, mit ihr erst recht unvereinbar.

So „gewichtig“ sind die „Argumente“, die in der imperialistischen Propaganda angewandt werden, um eine Regelung der Beziehungen im

Norden Europas zu hindern und einen Keil zwischen die Sowjetunion und Norwegen zu treiben.

Das ganze unsinnige Gerede über die „Verderblichkeit“ von Nichtangriffspakten soll angeblich die Unabhängigkeit und Würde Norwegens verteidigen, obwohl gerade der Eintritt dieses Landes in die aggressive atlantische Union es zu einer Schachfigur im Spiel der Imperialisten machen würde.

Wie es wirklich um die „unabhängige“ Politik gewisser skandinavischer Regierungskreise bestellt ist, verraten die Pressekommentare über die Reise Langes nach Washington. „Lange ist nach Washington gereist, um sich Direktiven zu holen“, plaudert „Svenska Morgonbladet“ aus. „Lange hat den Sowjetvorschlag nach Washington mitgenommen“, schrieb „Expressen“, obwohl ja bekanntlich der Vorschlag nicht an das Staatsdepartement der USA, sondern an die norwegische Regierung gerichtet ist.

Worüber der norwegische Außenminister mit Acheson und Truman gesprochen hat, wird bisher geheimgehalten. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß die USA-Kreise einen gewaltigen Druck auf Norwegen ausüben, um es zu zwingen, den Sowjetvorschlag unter beliebigem Vorwand abzulehnen und sein Territorium und seine Menschenreserven den Organisatoren der aggressiven atlantischen Union zur Verfügung zu stellen.

In Norwegen selbst und in den andern skandinavischen Ländern stößt jedoch die Politik, durch die diese Länder in imperialistische Blocks „Made in USA“ hineingezogen werden sollen, immer mehr auf den entschiedenen Widerstand der Volksmassen. Dagegen findet die Initiative der Sowjetunion, deren Vorschlag die nationalen Interessen Norwegens in keiner Weise beeinträchtigt, vielmehr seine Sicherheit erhöht, immer größere Sympathien.

Der von der reaktionären Presse angestimmte Lärm über die sogenannte norwegische Frage zeigt, wieviel Mühe die englisch-amerikanischen Imperialisten darauf verwenden, kleine und mittlere Länder in den Strudel ihrer aggressiven Politik hineinzureißen. Die Lage, in der sich Norwegen durch Verschulden seiner regierenden Kreise befindet, zeugt davon, wie gefährlich es ist, mit den Imperialisten zu liebäugeln und ihren Eroberungsplänen Vorschub zu leisten. Gleichzeitig haben die von Friedensliebe zeugenden Vorschläge der Sowjetunion, die von der Sorge für die Wahrung des Friedens in Europa eingegeben sind, noch einmal die Folgerichtigkeit der sowjetischen Außenpolitik gezeigt, die von Achtung für die Interessen der kleinen Länder und von dem Wunsch durchdrungen ist, den Weltfrieden und die Sicherheit zu gewährleisten.

Der Wirtschaftsaufschwung in den Ländern der Volksdemokratie

D. PETROWSKI

IN DEN LÄNDERN der Volksdemokratie fahren die Presse und die Öffentlichkeit fort, die wirtschaftlichen und politischen Ergebnisse des Jahres 1948 und die Perspektiven für das Jahr 1949 lebhaft zu erörtern. Das abgelaufene Jahr war eine wichtige Etappe in der ökonomischen Entwicklung dieser Länder. Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, in dem Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und die Sowjetunion vertreten sind, wird zweifellos nicht nur dazu beitragen, die erzielten Erfolge zu verankern, sondern wird auch einen rascheren Vormarsch der Staaten Mittel- und Südosteuropas auf dem Wege zum Sozialismus ermöglichen.

Welches waren die wichtigsten Ergebnisse des Jahres 1948?

Dieses Jahr stand im Zeichen einer bedeutenden Festigung der Staatssysteme der Volksdemokratie. Die Widerstand leistende innere Reaktion, die versuchte, die Erfüllung der Wirtschaftspläne zu hemmen, wurde ernstlich angeschlagen, wenn auch die wütendsten Reaktionäre im Vorgefühl ihres nahen Untergangs zu allen beliebigen Abenteuern bereit sind. Der kapitalistische Sektor hat eine weitere Einschränkung erfahren. Der gesellschaftliche Wirtschaftssektor, der die nationalisierte Industrie und das Finanzwesen, einen bedeutenden Teil des Binnenhandels und den gesamten Außenhandel erfaßt, ist jetzt der herrschende Faktor in der Wirtschaft und zu einer Basis für den Aufbau des Sozialismus geworden. Die Arbeiterklasse hat im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben des Landes jetzt noch stärker die führende Rolle inne. Hierzu hat in nicht geringem Maße der Zusammenschluß der Arbeiterparteien auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Theorie und Politik beigetragen.

Der Ausbau der demokratischen Umbildungen, und zwar nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft, die Verankerung der sozialen Errungenschaften, die Heranziehung der Werktätigen zur Verwaltung des Staates und zur Führung der Wirtschaft — alles das hat günstige Voraussetzungen dafür geschaffen, daß im Jahre 1948 große wirtschaftliche Erfolge erzielt werden konnten.

Die industrielle Produktion der Tschechoslowakei liegt um 10 Prozent über dem Stand von

1937. In Polen leistete die Industrie 51 Prozent mehr als 1938. In Bulgarien wurden 250 Prozent Produktionsmittel und 150 Prozent Waren des Massenbedarfs mehr produziert als 1939. Ungarn, das die Kontrollziffern seines Dreijahrplans überbietet, konnte seine industrielle Produktion gegenüber dem Vorkriegsstand um 27 Prozent heben. Rumänien hat die Erzeugung von Roheisen und Stahl bedeutend über den Stand von 1938 gesteigert und mehr Erdölquellen erbohrt, als im Plan vorgesehen war — die Vorkriegsleistungen sind heute verfünffacht.

Dank ihren Errungenschaften auf dem Gebiet der Landwirtschaft können Polen, Ungarn, Bulgarien und Rumänien jetzt wieder landwirtschaftliche Produkte ausführen, zum Teil nach Westeuropa.

Diese Erfolge auf dem Gebiet des Agrarwesens stützen sich auf die großzügigen demokratischen Reformen in der Landwirtschaft. Nach dem Kriege wurden gemäß dem Prinzip, wonach „der Boden denjenigen gehört, die ihn bearbeiten“, in den Ländern der Volksdemokratie mehr als 10 Millionen Hektar Land aus der Hand der Gutsbesitzer in die Hände der landlosen und kleinen Bauern übergeführt. Bekanntlich ist die Agrarpolitik dieser Länder heute darauf gerichtet, die werktätigen Bauern in wirksamer Weise gegen die kapitalistischen Ausbeuterelemente auf dem Lande zu schützen. Sie strebt die freiwillige Kooperierung der zersplitterten Bauernwirtschaften mit kleinem Warenausgang an und schafft Voraussetzungen für deren freiwillige Vereinigung zu modernen Großwirtschaften, die auf gemeinsamer Bearbeitung des Bodens beruhen und über neue, vollkommenere Maschinen verfügen.

Durch ihre wirtschaftlichen Errungenschaften demonstrieren die Länder der Volksdemokratie, welche riesigen Vorzüge ihnen die Abkehr von den überlebten Prinzipien des Kapitalismus und der Übergang zu vernünftiger Wirtschaftsplanung im Interesse des ganzen Volkes gegeben haben.

Das wachsende Nationaleinkommen dieser Länder fließt nicht mehr in die Taschen der Kapitalisten, sondern gelangt in entscheidendem Maße in die Verfügungsgewalt des volksdemokratischen Staates, d. h. des Volkes selbst. Das trägt dazu bei, daß das materielle und kulturelle Lebensniveau

der werktätigen Massen merklich gehoben wird. Das Jahr 1948 stand im Zeichen einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der Werktätigen, einer Senkung der Preise, einer Hebung des Reallohns.

In Ungarn z. B. wurden die Preise für alle Arten Lebensmittel, ferner für Gas und Strom gesenkt. In Polen wurden Brot, Mehl und Wollartikel verbilligt. Eine bedeutende Senkung der Preise für Industriewaren und Lebensmittel konnte auch in Rumänien durchgeführt werden. Der Reallohn ist gegenüber der Vorkriegszeit in Polen und Bulgarien um 10 Prozent, in der Tschechoslowakei um mehr als 40 Prozent, in Ungarn um 15—20 Prozent gestiegen.

Die hohe politische Aktivität und Arbeitsbegeisterung der Werktätigen, die immer mehr erkennen, daß sie für sich selbst, für das Gemeinwohl arbeiten — das ist es, was eine feste Grundlage schafft für die fortschreitende Erweiterung der Produktion. Der patriotische Arbeitswettbewerb ist zu einem der kennzeichnendsten Züge im Leben der volksdemokratischen Länder geworden. Mit Recht fragt die polnische Zeitung „Życie Warszawy“:

„Gibt es auch nur einen einzigen kapitalistischen Staat, wo die Arbeiter jeden Meter eines gebohrten Tunnels, jeden Zoll eines errichteten Gebäudes, jedes Surren eines neuen Motors als ihren persönlichen Triumph empfinden? Gerade dieses Gefühl ist 1948 bei uns allen viel stärker geworden.“

Einen krassen Gegensatz hierzu bildet die Lage, in die Jugoslawien durch die von der Renegatengruppe Tito durchgeführte bürgerlich-nationalistische Politik hineingeritten worden ist. Die gegenwärtigen jugoslawischen Führer, die die Sache des proletarischen Internationalismus verraten haben, die die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern ablehnen, haben dadurch die für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes aufgestellten Pläne zum Scheitern verurteilt.

Jetzt ist bereits allen klar, daß der Fünfjahrplan in Jugoslawien, um den lange Zeit ein demagogischer Lärm geschlagen wurde, nicht erfüllt werden wird. Das antidemokratische Abenteuerum in der Wirtschaftspolitik hat praktisch zur Verschlechterung der Lage der Werktätigen, zur Festigung der Positionen des Kulakentums und der anderen kapitalistischen Elemente, zu einer ernstesten Zerrüttung der Versorgung und des Finanzwesens geführt. Die Versuche der Tito-Gruppe, die Situation wenigstens einigermaßen durch Zugeständnisse und Schachergeschäfte mit den britisch-amerikanischen Imperialisten zu verbessern, verfehlen nicht nur dieses Ziel, sondern

können außerdem nur zu einer neuen Knechtung Jugoslawiens führen. Es ist kein Wunder, daß die Unzufriedenheit und Empörung der Volksmassen mit der Verräterpolitik der regierenden Clique immer stärker wird.

* * *

Die wirtschaftlichen Erfolge, die die Länder der Volksdemokratie 1948 errungen haben, sind schon an sich wertvoll. Ihre Bedeutung ist um so größer, als sie eine feste Grundlage abgeben für die Bewältigung der neuen, noch größeren wirtschaftlichen Aufgaben, die den Ländern der Volksdemokratie im Jahre 1949 gestellt sind.

Welches sind diese Aufgaben auf dem Gebiet der Industrie?

Die industrielle Produktion Polens, das 1949 seinen ersten Dreijahrplan vollenden wird, wird insgesamt um 25 Prozent gesteigert, wobei die Kohlenförderung sich gegenüber dem Stand von 1938 verdoppeln wird.

In Rumänien wird sich die industrielle Produktion um 40 Prozent gegen 1948 heben: die Gewinnung von Roheisen wird sich auf 135 Prozent, von Walzgut auf 130 Prozent, von Stahl auf 116 Prozent, von Traktoren auf 138 Prozent, von Maschinen und Anlagen für die Erdölindustrie auf 232 Prozent, von Erdöl auf 113,7 Prozent, von Chemikalien auf 100—600 Prozent der Vorjahresmenge belaufen.

Welche umfassenden Aufgaben die Tschechoslowakei 1949 — im ersten Jahr des Planjahrfünfts — zu erfüllen hat, ersieht man daraus, daß sie es sich zum Ziel gesteckt hat, das Gesamtniveau der Industrieproduktion 1953 gegenüber 1948 um 57 Prozent zu heben.

Die Länder der Volksdemokratie werden somit im Laufe dieses Jahres ihre Industrie auf einen neuen, höheren Stand bringen. Dieses Ziel wird erreicht durch weitere Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Mobilisierung der inneren Reserven, durch Rekonstruktion und Modernisierung der bestehenden Werke und Fabriken und durch eine bedeutende Erweiterung der industriellen Basis, derart, daß große Industriebetriebe neu gebaut werden.

Die Erweiterung der industriellen Basis schafft die Grundlage für einen erfolgreichen Kampf um eine entscheidende Vergrößerung des Umfangs der landwirtschaftlichen Produktion, deren Entwicklungstempo immer noch hinter den Erfordernissen und Möglichkeiten der volksdemokratischen Länder zurückbleibt. Die Aufgabe, die Produktivität des Ackerbaus zu heben, zieht sich wie ein roter Faden durch die wirtschaftlichen Pläne des Jahres 1949 und der folgenden Jahre.

So wird z. B. der Gesamtumfang der landwirtschaftlichen Produktion Bulgariens im Jahre 1949 gegenüber 1948 um 16 Prozent wachsen. In Rumänien wird der Wert der landwirtschaftlichen Produktion 1949 um 40 Prozent über dem Stand von 1948 liegen. Der Erfüllung dieser Aufgaben dient die Hebung des agrotechnischen Niveaus des Ackerbaus und die Durchführung eines großzügigen landwirtschaftlichen Mechanisierungsprogramms durch Schaffung eines Netzes staatlicher Maschinen- und Traktorenstationen. So werden in Ungarn 1949 nicht weniger als 200 neue Traktorenstationen angelegt werden — doppelt soviel, wie es gegenwärtig gibt. In Polen werden in diesem Jahr 15 000 Traktoren arbeiten, im Jahre 1955 an die 60 000. In der Tschechoslowakei, wo schon jetzt 22 000 Traktoren auf bäuerlichen Feldern zum Einsatz gelangen, wird ihre Zahl bis 1953 auf 45 000 steigen.

Die Wirtschaftspläne der Länder der Volksdemokratie sehen außerdem eine Anzahl bedeutender Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Werktätigen vor. Das Wohnbauprogramm wird bedeutend erweitert. In Polen z. B. ist beabsichtigt, 1949 etwa 10 Millionen Kubikmeter Wohnraum der Benutzung zu übergeben. Auch die Zahl der Krankenhäuser, der Erholungsheime und anderer Heilungs- und Gesundheitseinrichtungen wird vergrößert. In jedem Lande werden hunderttausende Werktätige die Möglichkeit erhalten, ihren Urlaub in Sanatorien und Erholungsheimen zu verbringen.

* * *

Der Maßstab der großzügigen Schöpferarbeit hat auch in den Staatshaushalten der volksdemokratischen Länder für 1949 seine Widerspiegelung gefunden. Waren die Haushalte der meisten Republiken vor diesem Jahre hauptsächlich auf die Stabilisierung des Wirtschaftslebens und die Wiedererreichung des Wirtschaftsniveaus von vor dem Kriege abgestellt, so sind sie 1949 vorwiegend Staatshaushalte der Rekonstruktion und der Weiterentwicklung der Volkswirtschaft.

Diese neuen Haushalte sind erstens durch ihre Defizitlosigkeit gekennzeichnet. Noch mehr: sie sehen einen bedeutenden Einnahmehöhenbetrag vor, was der gesamten finanziellen Tätigkeit eine gesunde Basis gibt. Es ist angebracht, daran zu erinnern, daß die Haushalte der meisten kapitalistischen Länder ein bedeutendes Defizit aufzuweisen haben, in Italien von 36 Prozent, in der Türkei von 11 Prozent, in Frankreich von 15 Prozent, in Griechenland von fast 100 Prozent usw. Zweitens übersteigen die Staatshaushalte der volksdemokratischen Länder für 1949 bedeutend die Haushalte für 1948 (in Bulgarien um mehr

als 22 Prozent, in der Tschechoslowakei um mehr als 25 Prozent usw.).

Alles dies zeugt für das allgemeine Wachstum und die Festigung der Volkswirtschaft dieser Länder. Daß die Programme ihres Wirtschaftsaufbaus real sind, dafür ist durch die bedeutende Entwicklung der Kapitalanlagen gesorgt. In Ungarn steigen die volkswirtschaftlichen Kapitalanlagen von 15,1 Prozent im Jahre 1948 auf 35,6 Prozent aller Haushaltsmittel im Jahre 1949. Der neue Plan der Kapitalanlagen ist um 315 Prozent höher als der Plan für das Haushaltsjahr 1947/48, wobei über 40 Prozent aller Mittel für die Entwicklung der Industrie und die Elektrifizierung des Landes verwendet werden. Die Kapitalanlagen im Industrie- und Bauwesen steigen in der Tschechoslowakei auf ein Mehrfaches. Für sie werden insgesamt 24 Prozent aller Haushaltsmittel bereitgestellt. In Polen, wo der Haushalt mit 602 Milliarden Złoty balanciert, dienen mehr als 44 Prozent dieser Summe Kapitalanlagen, hauptsächlich in der Industrie und dem Verkehrswesen. Bulgarien hat 27 Prozent seines Haushalts für die Errichtung neuer Industriebetriebe, elektrischer Kraftwerke, Eisenbahnen und Landstraßen bereitgestellt. In Rumänien werden 82 Milliarden Lei investiert, 3,7mal soviel wie 1948. Fast 37 Prozent dieser Summe sind für die Entwicklung der Schwer- und der Förderungsindustrie bestimmt, während 21,2 Prozent für die Erweiterung des Verkehrs bzw. des Post- und Fernmeldewesens Verwendung finden.

Die weitere Vergrößerung der Erzeugung von Waren des Massenverbrauchs, die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion und die großen Haushaltsbewilligungen für soziale und kulturelle Erfordernisse sichern eine wesentliche Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen. In der Tschechoslowakei werden 29 Prozent des Haushalts für soziale und kulturelle Zwecke verausgabt. In Polen erreichen diese Ausgaben 37 Prozent, in Rumänien mehr als 10 Prozent, in Bulgarien 20 Prozent des Gesamthaushalts.

Die Hauptquelle der Haushaltseinnahmen in den volksdemokratischen Staaten sind nicht Steuern und Abgaben der Bevölkerung, wie das im Westen der Fall ist, sondern die Anteile an den Gewinnen der staatlichen Betriebe und die Umsatzsteuern. Die Steuerpolitik der Volksdemokratie ist auf dem Prinzip sozialer Gerechtigkeit aufgebaut und strebt die Verbesserung der materiellen Lage der Werktätigen in Stadt und Land auf Kosten der wohlhabenden Bevölkerungsschichten — Privatunternehmer, Händler, Kulaken — an. Kennzeichnend ist, daß in einer Anzahl dieser Republiken vor kurzem das unbesteuerbare Lohnminimum erhöht worden ist. In Bulgarien sind 450 000

Bauern ganz von den Steuern befreit, in der Tschechoslowakei alle Landwirte, die weniger als 20 Hektar Boden besitzen.

* * *

Die Länder der Volksdemokratie, die das Fundament der sozialistischen Wirtschaft legen, stützen sich auf die enge Mitarbeit und den uneigennütigen Beistand der Sowjetunion.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie beruhen nicht nur auf der Beobachtung der Gleichheit, sondern auch auf der Berücksichtigung der wechselseitigen wirtschaftlichen Erfordernisse und Vorteile. Die verflossenen Jahre haben durch zahlreiche unbestreitbare Tatsachen bewiesen, wie groß der Nutzen ist, den diese Zusammenarbeit den Völkern bringt.

Ganz im Anfang der Nachkriegsperiode spielte die Hilfe der Sowjetunion die entscheidende Rolle, als es für die Länder der neuen Demokratie galt, die außerordentlich großen Schwierigkeiten des Wiederaufbaus zu überwinden. In der Folgezeit sicherte die stets größer werdende Wirtschaftshilfe des mächtigen Sowjetstaates diesen Ländern die Verwirklichung der umfassenden Pläne für den Wiederaufbau und die Rekonstruktion der Volkswirtschaft.

Die Lieferungen aus der Sowjetunion — und zwar nicht nur wertvolle Industrierohstoffe (Eisen und andere Metalle, Eisen-, Mangan- und Chromerze, Erdölzeugnisse, Baumwolle, künstliche Düngemittel, Saatgut), sondern auch kapitale Industrieausrüstungen, Werkbänke, Traktoren, Kraftwagen — schaffen Voraussetzungen dafür, daß die Länder der Volksdemokratie ihre großartigen Wirtschaftsaufgaben reibungslos erfüllen werden.

Es genügt zu sagen, daß Polen 1948 durch Import aus der Sowjetunion 62 Prozent seines Baumwollbedarfs, 80 Prozent seines Manganbedarfs und 56 Prozent seines Aluminiumbedarfs zu decken vermochte. Analoge Tatsachen lassen sich auch für die anderen Länder der Volksdemokratie anführen.

Auf der anderen Seite exportieren die Länder der Volksdemokratie nach der Sowjetunion keine Waren, deren Ausfuhr die Erfüllung ihrer Wirtschaftspläne beeinträchtigen könnte. Im Gegenteil, die mannigfaltigen Lieferungen an die Sowjetunion fördern die Hebung der Industrieproduktion in den Ländern der Volksdemokratie. Es ist deshalb ganz natürlich, daß die Öffentlichkeit dieser Länder die wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion als eine feste Garantie für die

erfolgreiche Erfüllung ihrer Wirtschaftspläne ansieht, dem Widerstand der britisch-amerikanischen Monopolisten zum Trotz, die in ihrem Kampf gegen die demokratischen Länder auch vor direkter Sabotage und Diversionsakten nicht zurückschrecken.

In dem Maße, wie die Wirtschaftspläne der volksdemokratischen Länder sich erweitern, wächst auch der Warenaustausch zwischen ihnen und der Sowjetunion. So wird sich der Austausch von Waren mit Polen 1949 um 35 Prozent gegenüber den im Fünfjahrabkommen von 1948 vorgesehenen alljährlichen Lieferungen vergrößern; er wird mit der Tschechoslowakei um mehr als 45 Prozent gegenüber 1948, mit Bulgarien um 20 Prozent, mit Rumänien um 150 Prozent und mit Ungarn um 200 Prozent (gegenüber 1947) wachsen.

Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die wirtschaftlichen Beziehungen der volksdemokratischen Länder zur Sowjetunion sowie ihre engen Handelsbeziehungen untereinander in keiner Weise die Möglichkeiten einer Entwicklung des Warenaustausches zwischen den osteuropäischen Ländern und dem Westen beschränken. Wenn in dieser Richtung kein merklicher Fortschritt zu beobachten ist, so ist das ausschließlich die Schuld der Westmächte. Man weiß sehr wohl, daß die USA gegenüber Osteuropa eine konsequente Embargopolitik durchführen. Erst im Dezember 1948 hat die Agentur Associated Press folgendes mitgeteilt:

„Amtspersonen der USA haben beschlossen, keine Exportlizenzen auf 'Kriegspotential'-Güter und Mangelprodukte für die Tschechoslowakei oder irgendein anderes osteuropäisches Land zu erteilen.“

Eine kennzeichnende Illustration für die von den USA gegenüber unabhängigen Staaten durchgeführte Politik der Diskrimination ist die Weigerung, Ungarn Maschinen zu liefern, für die bereits mehrere Monate vorher hunderttausende Dollars bezahlt worden waren. Bekannt ist auch die Weigerung amerikanischer Firmen, industrielle Ausrüstungen an die Tschechoslowakei zu verkaufen.

Die in den knechtenden Rahmen des Marshallplans gezwungenen Länder Westeuropas boykottieren auf Befehl ihrer amerikanischen Herren und Gebieter alle einigermaßen umfassenden Handelsbeziehungen mit den Ländern der Volksdemokratie und der Sowjetunion. Aber diese Politik des Boykotts prallt wie ein Bumerang zurück und trifft die Lebensinteressen der westeuropäischen Staaten. Die Länder der Volksdemokratie dagegen, die sich der effektiven Wirtschaftshilfe

der Sowjetunion erfreuen und stabile Märkte für den Absatz ihrer Waren in Osteuropa besitzen, können das Fehlen entwickelter Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen unvergleichlich leichter wettmachen als die marshallisierten Länder mit ihrem chronischen Dollarhunger.

Die immer größer werdenden wirtschaftlichen Aufgaben, vor die die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie sich gestellt sehen, haben eine noch engere Koordinierung ihrer Tätigkeit erforderlich gemacht. Der vor kurzem ins Leben gerufene Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe wird beitragen zu einer erfolgreichen Kooperations der Bemühungen seiner gleichberechtigten Teilnehmer auf dem Gebiet des Austausches wirtschaftlicher Erfahrungen und der Erweisung gegenseitiger technischer Hilfe, der Unterstützung mit Rohstoffen, Lebensmitteln, Maschinen, Ausrüstungen usw., was die Entwicklung der Volkswirtschaft der betreffenden Länder bedeutend beschleunigen wird. Dieses Ziel wird um so sicherer erreicht werden, als die Mitglieder des Rates vereinigt sind durch die gemeinsamen Aufgaben, die den Lebensinteressen der Volksmassen,

den Interessen des Friedens und der internationalen Sicherheit entsprechen.

* * *

Die Weltreaktion hat schon wiederholt das Scheitern der von der Volksdemokratie durchgeführten wirtschaftlichen Umbildungen vorausgesagt. Aber schändlich gescheitert sind gerade diese falschen Propheten, die die großartigen, von den Staatssystemen der Volksdemokratie geweckten und ins Leben gerufenen Schöpferkräfte nicht in Rechnung ziehen konnten oder wollten.

Weit hinter uns liegt die schwere wirtschaftliche Zerrüttung, in der Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien sich befanden, als sie von den Ketten des faschistischen Deutschlands und seiner Handlanger befreit wurden. Nach dem Stand ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, nach dem Charakter und dem Umfang ihrer industriellen und landwirtschaftlichen Produktion verschieden, schreiten diese Länder unentwegt vorwärts auf dem Wege des wirtschaftlichen Aufstiegs. Das Jahr 1949 wird für sie zweifellos eine neue Stufe in der Entwicklung zum Sozialismus sein.

Ein historisch bedeutendes Jahr im Leben der Tschechoslowakei

E. ERBAN

Generalsekretär des Zentralrats der tschechoslowakischen Gewerkschaften

DIE WERKTÄTIGEN der Tschechoslowakei begehen den ersten Jahrestag der Februarereignisse von 1948 als großen Volksfeiertag, als historischen Jahrestag des Sieges, den die Kräfte der Demokratie und des Sozialismus über die Kräfte der Reaktion davongetragen haben.

Wer gedenkt in der Tschechoslowakei nicht der historischen Februartage?! Eine Welle der Entrüstung über die Politik der Reaktionäre flutete über das ganze Land hinweg. Die tschechoslowakische Agentur des englisch-amerikanischen Imperialismus hatte versucht, einen konterrevolutionären Putsch durchzuführen, die einheitliche Nationalfront zu sprengen, die volksdemokratische Regierung zu stürzen und einer Wiederherstellung des kapitalistischen Systems den Weg zu ebnen.

Am 21. Februar 1948 schlug Klement Gottwald, der Vorsitzende des Ministerrats der Tschechoslowakei und Führer der Kommunistischen Partei, auf einer von Tausenden und aber Tausenden besuchten Kundgebung vor, die reaktionären Minister, die provokatorisch ihren Rücktritt erklärt hatten, durch neue, der Nationalfront treu ergebene Männer zu ersetzen. Er forderte die Werktätigen auf, bei der Zusammenstellung der Regierung der Nationalfront mitzuhelfen und sie zu unterstützen.

Auf dieser historischen Kundgebung vom 21. Februar wurde ein äußerst wichtiger Beschluß gefaßt, nämlich in der ganzen Republik Aktionskomitees der Nationalfront zu schaffen, denen wahre Demokraten und fortschrittliche Vertreter aller Parteien und Volksorganisationen angehören sollen.

In der Resolution, die auf der Kundgebung angenommen wurde, hieß es:

„In einem äußerst wichtigen Augenblick, da die Reaktion beschlossen hat, mit vereinten Kräften über das volksdemokratische Regime unserer Republik herzufallen, in einem Augenblick, da sie eine Regierungskrise heraufbeschworen hat, stellen wir uns alle wie ein Mann hinter die Regierung Klement Gottwald, die ein gewaltiges Programm der Gestaltung unseres neuen Lebens im Geiste der Nationalfront erfüllt.“

Die Werktätigen Prags und anderer Städte forderten, die Regierung Klement Gottwald solle im Einklang mit der Verfassung und im Sinne der demokratischen Traditionen durch Männer vervollständigt werden, die bereit sind, den Interessen des Volkes ehrlich zu dienen. Aktionskomitees der Nationalfront entstanden in allen Betrieben und in allen Städten und gewährleisteten den Forderungen der Volksmassen volle Unterstützung.

Am 22. Februar 1948, einem Sonntag, kamen aus allen Teilen der Republik 8000 Delegierte zum Kongreß der städtischen Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften nach Prag. Sie sprachen ihr gewichtiges Wort:

„Wir dulden kein Chaos. Wir haben gearbeitet und uns zwei Jahre lang alles versagt, nicht damit die alten und neuen reaktionären Kräfte unsere Zukunft aufs Spiel setzen. Unsere Unabhängigkeit und Freiheit kann nur durch allmähliche Beseitigung der parasitären Elemente und durch unentwegtes Fortschreiten zum Sozialismus, durch ein Treubündnis mit den slawischen Staaten und mit der sozialistischen Sowjetunion sichergestellt werden.“

Nur zehn Hände erhoben sich gegen diese Resolution, gegen den Willen der Arbeiterklasse der Tschechoslowakei, der von ihren 8000 Abgesandten zum Ausdruck gebracht wurde. Der Kongreß der tschechoslowakischen Landwirte, der einige Tage darauf stattfand, sprach sich einmütig für enge Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse, für die wiedererstandene Nationalfront, für den sozialistischen Entwicklungsweg des Landes aus. Der Versuch der Reaktion, das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen, war gescheitert.

* * *

Nur ein Jahr trennt uns von den Februarereignissen von 1948. Welchen Weg hat unser volksdemokratischer Staat in dieser Zeitspanne zurückgelegt!

Am 9. Mai 1948, am dritten Jahrestag der Befreiung Prags durch die Sowjetarmee, bestätigte die Nationalversammlung die neue Verfassung. An ihrer Erörterung hatten sich 1 300 000 Personen beteiligt. Das Grundgesetz des volksdemokratischen tschechoslowakischen Staates gewährt allen seinen Bürgern das Recht auf Arbeit,

auf Bildung, auf gerechte Entlohnung und auf Erholung.

Die Wahlen zur Nationalversammlung, die am 30. Mai stattfanden, schlossen mit einem glänzenden Sieg der wiedererstandenen Nationalfront. Von den 300 gewählten Parlamentsmitgliedern waren 237 Kandidaten der Kommunistischen Partei. Der Leiter des Zentralrats der Gewerkschaften, Antonín Zápotocký, wurde Vorsitzender des Ministerrats, Klement Gottwald, der Führer der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, wurde zum Präsidenten der Republik gewählt.

Ein Sozialversicherungsgesetz wurde angenommen, das die Wunschträume vieler Arbeitergenerationen von Versorgung im Alter und bei Erkrankungen wahr werden läßt. Die Unterstützung für Mütter und Waisen wurde bedeutend erhöht.

Die durchgreifende Bodenreform sowie die Unterstützung der Konsum- und Landwirtschaftsgenossenschaften durch den Staat zeigen deutlich, welchen weiteren Entwicklungsweg die Landwirtschaft gehen wird. Nun ist die Frage der Beschränkung und Verdrängung der kapitalistischen Elemente nicht nur in der Stadt, sondern auch im Dorfe auf die Tagesordnung getreten.

Wenn der Plan für das erste Jahr des Zweijahrplans insgesamt zu 100,9 Prozent erfüllt wurde, so hat unsere Industrie im zweiten Jahr, besonders nach den Februarereignissen, den Plan bereits zu 102,4 Prozent erfüllt. Eine neue ununterbrochene Steigerung der Produktion zeigte sich auch im Januar d. J., im ersten Monat des neuen Planjahres. So hat z. B. der westtschechische Steinkohlenbezirk seinen Förderungsplan vorfristig, schon am 28. Januar erfüllt. Auch die Betriebe der chemischen Industrie haben ihren Plan überboten.

Nach erfolgreichem Abschluß der Erfüllung des Zweijahrplans für die Wiederherstellung und Fortentwicklung der Volkswirtschaft ist das Land zur Durchführung seines ersten Fünfjahrplans übergegangen. Es verlohnt, daran zu erinnern, daß die Bourgeoisie der Tschechoslowakischen Republik nach dem ersten Weltkrieg ein ganzes Jahrzehnt brauchte, um ihre Industrieproduktion wieder auf das Vorkriegsniveau zu bringen. Unsere volksdemokratische Republik konnte diese Aufgabe in dem vierten Teil der Zeit, schon im Jahre 1947 lösen. Bis zum Abschluß des Zweijahrplans hat die Produktion ihren Vorkriegsstand um zehn Prozent überflügelt.

Mit Enthusiasmus begrüßte das Volk den Fünfjahrplan, ein grandioses Programm für die Entwicklung der Produktivkräfte des Landes, ein Programm, das einen gewaltigen Aufschwung

der gesamten Volkswirtschaft zum Ziel hat. In fünf Jahren wird das Nationaleinkommen 310 Milliarden Kronen ausmachen, d. h. es wird doppelt so groß sein wie vor dem Kriege. Die führende Rolle gehört der Industrie. Im Jahre 1953 soll sie Erzeugnisse für 454 Milliarden Kronen liefern, also um 57 Prozent mehr als 1948. Besonders rasch werden sich die wichtigsten Zweige der Schwerindustrie, der Bergbau, das Hüttenwesen, die chemische Industrie, die Erzeugung von Baumaterial und der Bau landwirtschaftlicher Maschinen entwickeln.

Die Produktivität der Landwirtschaft, die mit neuen Maschinen und mineralischen Düngemitteln beliefert werden soll, wird um 16 Prozent zunehmen. Bedeutend entwickeln wird sich das Verkehrswesen. Auch der Warenumsatz wird steigen. Die Bevölkerung wird besser mit Industriewaren und Lebensmitteln versorgt werden, die kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen und ihre Ansprüche in bezug auf ihre Lebenshaltung werden besser befriedigt werden. Viele neue Schulen, Erholungsheime, Sanatorien und Krankenhäuser, neue Klubs, Bibliotheken, Theater, Museen, Turnsäle und Sportplätze sollen entstehen.

„Der Fünfjahrplan ist unser Weg zum Sozialismus“, sagt man in der Tschechoslowakei und fügt gewöhnlich hinzu: „Das wäre ohne den Februar 1948 nicht möglich gewesen.“

Im April 1948 wurde eine Reihe neuer Gesetze über die Verstaatlichung der Industrie angenommen. Der Anteil der verstaatlichten Industrie an der gesamten Industrie des Landes macht nunmehr 95 Prozent aus.

Der Lebensstandard der Werktätigen hat sich bedeutend verbessert. Im Jahre 1937 wurden 75,7 Prozent der Arbeiter nach den drei niedrigsten Lohnstufen (weniger als 750 Kronen im Monat) entlohnt. Im Jahre 1948 waren nur 29,5 Prozent der Arbeiter in die drei niedrigsten Lohnstufen eingegliedert (bis zu 2250 Kronen im Monat). Über die Hälfte aller Arbeiter bezog im vorigen Jahr einen Monatslohn von mehr als 3000 Kronen.

* * *

Die Völker der Tschechoslowakei gehen festen Schrittes den Weg zum Sozialismus. Unter diesen Umständen entstehen auch vor der Gewerkschaftsbewegung neue Aufgaben. Vor 30 Jahren, auf dem zweiten Allrussischen Gewerkschaftskongress, sagte W. I. Lenin:

„Die Aufgabe der Gewerkschaften ist es, Baumeister eines neuen Lebens zu sein, Erzieher neuer Millionen und aber Millionen, die durch eigene Erfahrung lernen sollen, Fehler zu

vermeiden, alte Vorurteile abzustreifen, die aus eigener Erfahrung lernen, den Staat zu regieren und die Produktion zu leiten — nur darin liegt die absolute Garantie, daß die Sache des Sozialismus völlig siegen... wird.“

Dieser Worte gedenken wir, die Teilnehmer der Gewerkschaftsbewegung der Tschechoslowakei, in letzter Zeit besonders häufig.

Die Gewerkschaften der Tschechoslowakei haben 3 072 956 Mitglieder, d. h. ihnen gehören 94,5 Prozent aller Arbeiter und Angestellten an. Allein im vorigen Jahr sind ihnen 980 224 neue Mitglieder beigetreten, darunter viele Frauen und Jugendliche.

Ihre vornehmste Aufgabe erblicken die Gewerkschaften der Tschechoslowakei darin, zur erfolgreichen Erfüllung des Fünfjahrplans beizutragen. Die großartige Initiative tausender vorgeschrittener Arbeiter, Ingenieure und Angestellter, die den sozialistischen Wettbewerb entfaltet haben, zeigt den Weg zur Erfüllung und Überbietung von Plänen. Es ist noch nicht lange her, seit die Jungarbeiter der Vereinigten Stahlgießereien von Libčice, die die erste Stoßbrigade bildeten, ihren Aufruf erließen, aber das ganze Land hat bereits ihre Stimme vernommen. Die Stoßarbeiterbewegung wächst. Sie macht es sich zum Ziel, die Arbeitsproduktivität zu heben und die Maschinen und Rohstoffe möglichst wirksam auszunutzen.

Ende Mai d. J. wird der IX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei zusammentreten. Außer anderen Fragen wird er auch erörtern, wie der Fünfjahrplan erfüllt wird. Die Arbeiter aller Betriebe der Republik sind bemüht, die Einberufung des Parteitags durch gesteigerte Produktion zu ehren. Die Hüttenarbeiter der Vítkovicer Werke haben sich verpflichtet, den Plan für das erste Halbjahr des Planjahres fünfts in fünf Monaten zu erfüllen. Die Bergarbeiter der Grube Sarubek haben vor, bis zum Parteitag 23 876 Tonnen Kohle über den Plan hinaus zu fördern, die Belegschaft der Gottwald-Werke in Královo-Pole will um 150 Tonnen Stahl- und Gußeisenteile über den Plan hinaus liefern.

Man könnte noch viele Beispiele dafür anführen, wie diese Initiative und die schöpferischen Kräfte des Volkes zutage treten. Sie zeigen sich auf Schritt und Tritt. Arbeiter und Angestellte bringen zahlreiche Rationalisierungsvorschläge ein. Hier zwei charakteristische Beispiele. Der Heizer Ondřej Bognar, der im Kraftwerk von Krompachy (Slowakei) arbeitet, hat eine Nervollkommnung der Kohlenheizung vorgeschlagen, die eine Ersparnis von 150 Tonnen Kohle im Jahr ergibt. Jaroslav Erban, ein Arbeiter des

Prager Lokomotivendepots, schlug kürzlich eine von ihm erdachte technische Verbesserung vor, die allein im Prager Depot eine jährliche Ersparnis von 10 Millionen Kronen ermöglicht. Welche Bedeutung diese Erfahrung erst haben wird, wenn man sie in allen Depots des Landes anwendet, läßt sich denken.

Schon jetzt erntet das Land die ersten Früchte des Sieges der Volksdemokratie. Die wirtschaftliche Lage hat sich stabilisiert, bis Ende des vorigen Jahres konnte der Staat sein Außenhandelsdefizit praktisch decken und seine Handelsbilanz ins Gleichgewicht bringen.

Die Bevölkerung wird bedeutend besser mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen versorgt. Das trifft besonders für die Arbeiter, in erster Linie für die der Schwerindustrie zu, denen das Versorgungssystem erhebliche Vorrechte einräumt.

Es ist bereits ein ausgedehntes Netz von Heil- und Erholungsstätten für Arbeiter und Angestellte geschaffen worden. Im vorigen Jahr haben 130 548 Gewerkschaftsmitglieder die Erholungsheime und Sanatorien in Kurorten und anderswärts besucht. Im Jahre 1953 — im letzten Jahr des Planjahr-fünfts — rechnen wir damit, 480 000 Personen zur Erholung schicken zu können.

Die Arbeiterklasse der neuen Tschechoslowakei erkennt klar und deutlich, daß die weitere Hebung des Wohlstands des Volkes, die Hebung des Lebensstandards und des Kulturniveaus der Werktätigen in untrennbarem Zusammenhang mit der Erfüllung und Überbietung des Fünfjahrplans steht.

Für die Errungenschaften der Demokratie aber muß gekämpft werden. Die bisherigen Erfahrungen erinnern uns daran.

Die Agentur der englisch-amerikanischen Imperialisten richtet ihre Anstrengungen darauf, die Durchführung des Fünfjahrplans zu vereiteln. Der im Februar geschlagenen Reaktion ist zum Kampf gegen das Volk kein Mittel zu abscheulich. Das bestätigt namentlich die Tätigkeit

der von den staatlichen Sicherheitsorganen ausgehoben Wühl- und Spionagegruppen. Eine solche Gruppe wurde vor kurzem in der Slowakei aufgedeckt. Ihr Rädelsführer, ein gewisser Josef Vican, war zu Zeiten Tisos Funktionär im Stab der faschistischen Jugendorganisation. Am 12. Februar schloß in Prag der Prozeß gegen 29 Mitglieder einer anderen staatsfeindlichen terroristischen Gruppe, die ebenfalls von Agenten eines ausländischen Spionagedienstes geleitet wurde.

Aber so viele Dollars der amerikanische Spionagedienst für seine Agentur in der Tschechoslowakei auch ausgeben mag, die Reaktion hat keine Aussicht, das von ihr Erträumte zu erreichen. Geführt von der Arbeiterklasse, haben die Völker der Tschechoslowakei fest und sicher den sozialistischen Weg betreten. Es gibt keine Macht, die imstande wäre, die alten Zustände in der Tschechoslowakei wieder einzuführen.

Das verflossene Jahr war ein Jahr stetigen Fortschreitens der Tschechoslowakei auf dem Wege zum Sozialismus. Blickt man zurück und erinnert man sich an die stürmischen Februartage des vorigen Jahres, so begreift man besonders klar, daß, wenn die Arbeiterklasse geeint und fest entschlossen ist, die Interessen des Volkes zu verteidigen, wenn an ihrer Spitze eine gestählte Vorhut — die Partei der Kommunisten — steht und wenn die grundlegenden Produktionsmittel verstaatlicht sind, jeder Versuch der Reaktion, die Macht des Volkes zu vernichten, zum Scheitern verurteilt ist. Das Regime der Volksdemokratie gewährleistet unsere weitere Fortbewegung auf dem Wege zum Sozialismus und unsern Endsieg. Gemeinsam mit dem ganzen mächtigen Lager der demokratischen, antiimperialistischen Kräfte, an dessen Spitze die Sowjetunion steht, wird unser Volk wachsam den Frieden hüten und wird seine demokratischen Errungenschaften wie seinen Augapfel bewahren.

Prag, im Februar 1949.

Vor einem Scherbenhaufen

(Die Auslandspresse über die Ergebnisse und die Perspektiven des Marshallplans)

A. LEONTJEW

I

Der Beginn des Jahres 1949 hat einen starken Strom aller möglichen offiziellen und offiziellen Dokumente und Erklärungen gebracht, die den wirtschaftlichen Ergebnissen des Marshallplans im abgelaufenen Jahr und seinen weiteren Perspektiven gewidmet sind.

In den ersten Januartagen veröffentlichte der in Paris befindliche Rat der sogenannten Organisation für europäische wirtschaftliche Kooperation einen vorläufigen Bericht über die vierjährigen Programmansätze, die auf Verlangen Washingtons von den am Marshallplan beteiligten 19 Ländern vorgelegt worden sind. Mitte Januar ließ die Administration für die Realisierung des Marshallplans den Zeitungen eine kurze Charakteristik der Ergebnisse des Jahres 1948 in den marshallisierten Ländern Europas zugehen. Ende Januar gab in Washington eine vereinigte Kommission, die noch vom vorigen Kongreß eingesetzt wurde, damit sie die Verwirklichung des Programms der sogenannten „Hilfe“ für ausländische Staaten beobachte, einen Bericht bekannt, der den ersten neun Monaten der Tätigkeit der Marshallplanadministration gewidmet ist. Am 7. Februar wurden im USA-Kongreß Gesetzesvorlagen eingebracht, in denen die Bewilligung von Marshallplanmitteln für das Finanzjahr vom 1. Juli 1949 bis zum 30. Juni 1950 beantragt wird.

Diese offiziellen Dokumente finden ihre Ergänzung durch Ausführungen Harrimans und Hoffmans, ihrer zahlreichen Stellvertreter und Gehilfen sowie einer Reihe von Vertretern marshallisierter Länder Westeuropas — Spaaks, Cripps' u. a. Schließlich werden die Ergebnisse und die Perspektiven des Marshallplans von der Presse der USA und Westeuropas lebhaft kommentiert.

In diesem ganzen Wust von Dokumenten und Reden fällt die gähnende Kluft auf zwischen dem gespielten Optimismus der wortreichen Erklärungen und den schonungslosen Tatsachen und Zahlen, die von diesem offiziellen Optimismus keinen Stein auf dem anderen lassen.

Paul Hoffman, der am 31. Januar in Washington auf der Jahresversammlung der sogenannten National Planning Association, einer Nationalen

Planungsassoziation (auch so etwas gibt es in Amerika!), eine Rede hielt, nannte den Marshallplan erneut „eine der wenigen Ideen, die die Richtung der Geschichte in fundamentaler Weise ändern“.

Einer der eifrigsten Verteidiger der Marshallisierung Westeuropas wiederum, der belgische Ministerpräsident P.-H. Spaak, erklärte am 17. Januar in Lüttich abermals kriecherisch:

„Der Marshallplan war eine uns gebotene Gelegenheit, Europa zu reorganisieren.“

Aber wie weit sind diese forschen Erklärungen von der faktischen Sachlage entfernt! Interessant ist, daß Spaak in der gleichen Rede zu dem folgenden bitteren Eingeständnis gezwungen war:

„Wir erscheinen in Paris nicht in der gleichen Fassung wie 1947... Wir stellen uns dort mit 300 000 Arbeitslosen vor.“

Aber die 300 000 Arbeitslosen in dem kleinen Belgien sind nur ein winziges Stück der Wohltaten, die der Marshallplan den westeuropäischen Ländern gebracht hat. Um sich ein vollständigeres Bild von diesen Wohltaten machen zu können, muß man sich den wenigen die wirkliche Sachlage kennzeichnenden Zahlen zuwenden, die in den sorgfältig ausgekämmten und glattgebügeln Berichten und Referaten durchgeschlüpft sind.

II

Der vorläufige Bericht des Rates der sogenannten Organisation für europäische wirtschaftliche Kooperation über die langfristigen Pläne der westeuropäischen Länder ist ein Dokument, das mit einem wirklichen Programm wirtschaftlichen Wiederaufbaus nichts gemein hat. Ein derartiges Programm hat man von den kapitalistischen Regierungen, die den Interessen der großen Monopole dienen, von unüberbrückbaren Gegensätzen zerrissen werden und unfähig sind, mit den Elementargewalten der Wirtschaft fertig zu werden, nicht zu erwarten.

Diesen Umstand muß selbst die Presse des regierenden Lagers anerkennen. So haben die meisten Artikelschreiber der Londoner Zeitungen am Tage nach Veröffentlichung des Berichts

besonders betont, daß er für die Unfähigkeit der marshallisierten Länder zeugt, ein reales Programm für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens Westeuropas auszuarbeiten. Die Zeitung „La Libre Belgique“ aber erklärte rundheraus:

„Die Programme für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der in der OECE vertretenen 19 Länder konnten niemals als realisierbar betrachtet werden.“

Der Generalsekretär dieser Organisation für europäische wirtschaftliche Kooperation, Robert Marjolin, der am 5. Januar auf einer Pariser Pressekonferenz einige Erläuterungen zu dem Bericht gab, hielt es für geraten, besonders zu betonen, daß es sich nicht um einen endgültigen Bericht handelt, „sondern um ein Gesamtbild, eine statistische Analyse, die eine Vorstellung von den Gegebenheiten des europäischen Problems vermittelt“.

In diesem Dokument fallen vor allem die Unstimmigkeiten zwischen den Ansätzen der einzelnen Länder ins Auge. Jedes dieser Länder reichte seine Voranschläge für Außenhandel und Finanzen ein, ohne sich im geringsten durch die Absichten der anderen Teilnehmer der berückichtigten „europäischen Kooperation“, die höchstens durch das gemeinsame Joch des Dollarimperialismus zusammengehalten wird, beunruhigen zu lassen. Marjolin gab diese Unstimmigkeiten zu, beschränkte sich aber auf die leere Ausrede, die einzelnen Länder betrachteten ihre Ansätze nicht als unantastbar.

Die englische „Daily Mail“ schrieb in einem redaktionellen Artikel über den Bericht, die Voranschläge der am Marshallplan beteiligten 19 Länder müßten untereinander koordiniert werden, um zu dem schreiten zu können, was die Zeitung als einen „gemeinsamen Plan“ bezeichnet. Die interessante Schlußfolgerung, zu der das britische Blatt gelangt, lautet wie folgt:

„Wenn dies mißlingt, bleibt wenig Hoffnung für Westeuropa... Welche Perspektiven haben die jetzigen Vorschläge? Wir sollten sagen, sie sind armselig. Es wäre ein Wunder, wenn sie in ihrer jetzigen Form irgendwo dem Erfolg nahekämen.“

Weiter betont die Zeitung folgendes:

„Dieser Bericht bringt eine Serie zweifelhafter Annahmen und wilder Erwartungen (dubious assumptions and wild expectations), die zu zeigen scheinen, daß politische Ökonomie ... bloß eine Übung in exotischen Rätseln (merely an exercise in exotic guesswork) ist.“

Wirklich, die heutige politische Ökonomie der Bourgeoisie reduziert sich auf inhaltslose Übungen und Rätselraterien, die man lieber als scharlatanhaft und nicht als exotisch bezeichnen sollte.

Welches ist das Gesamtergebnis dieser Raterien? In dem Bericht wird die Schlußfolgerung

niedergelegt, daß die 19 westeuropäischen Länder, die amerikanische „Hilfe“ erhalten, nach Beendigung des Marshallplans, im Jahre 1952, einen ungedeckten Fehlbetrag von 3 Milliarden Dollar aufzuweisen haben werden. Mit anderen Worten, die in Paris versammelten Gesetzgeber wirtschaftlicher Moden der europäischen Bourgeoisie sind zu der Schlußfolgerung gelangt, daß die Länder Westeuropas sich nach Beendigung des Marshallplans in einer noch größeren wirtschaftlichen Abhängigkeit von den transatlantischen Wucherern befinden werden als gleich nach Beendigung des Krieges. Bekanntlich haben die Vertreter der demokratischen Öffentlichkeit der ganzen Welt, die den Marshallplan als ein Werkzeug wirtschaftlicher Knechtung und politischer Unterjochung der westeuropäischen Länder durch die Monopole der Wall Street entlarvten, eben dieses Resultat vorausgesagt. Jetzt sind die Agenten der Marshallisierung Europas, die immer noch fortfahren, die Kommunisten wegen „Obstruktion des Marshallplans“ herunterzumachen, gezwungen, die schlimmsten Befürchtungen hinsichtlich der unvermeidlichen Folgen dieses Plans restlos zu bestätigen.

Dieses skandalöse Ergebnis bildete in den letzten Wochen einen Gegenstand lebhafter Erörterung auf beiden Seiten des Atlantischen Ozeans. In einem Kommentar zu der vielsagenden Zahl von 3 Milliarden Dollar meinte der erwähnte Marjolin auf einer Pressekonferenz in Washington am 12. Januar, Europa stehe vor einem Dilemma:

„Entweder müssen die europäischen Länder ihre Wiederaufbaumühnungen verdoppeln oder sie müssen den Import aus der westlichen Hemisphäre um etwa 40 Prozent einschränken.“

Marjolin fügte vielsagend hinzu, die zweite Variante würde „eine soziale und politische Krise in Europa“ bedeuten.

Ein anderer Agent für die Marshallisierung Europas, der Vorsitzende des Vollzugsausschusses der gleichen Organisation, Sir Edmund Hall-Patch, ein Engländer also, gab zu, daß selbst eine Vergrößerung der amerikanischen Finanzhilfe in den verbleibenden drei Jahren des Marshallplans der Sache nicht aufhelfen würde, da das Schicksal der westeuropäischen Industrie vom Erhalt von Materialien und Rohstoffen abhängt, an denen die ganze Welt starken Mangel leide.

Senator Connally, der die Gesetzesvorlage wegen der Marshallplanbewilligungen für das nächste Finanzjahr im USA-Senat eingebracht hat, gab vor Pressevertretern eine besondere Erklärung ab. Connally warnte die europäischen Satelliten Washingtons kategorisch vor Illusionen

hinsichtlich der Möglichkeit einer Verlängerung der amerikanischen „Hilfe“ nach dem Jahre 1952, zu welcher Zeit gemäß dem Beschluß der USA-Regierung die Frist des Marshallplans abläuft. Connally sagte unzweideutig:

„Die Vereinigten Staaten besitzen nicht die Goldmachergabe des Königs Midas. Ihre Ressourcen sind limitiert. Sie sind keine perennierende Goldfontäne... Wir können unsere Hilfsquellen nicht soweit anzapfen oder erschöpfen, daß wir selbst schwach werden.“

III

In einem Kommentar zu dem Bericht des Rates der Organisation für europäische wirtschaftliche Kooperation erklärte die „Financial Times“, ein Organ der Londoner City, die Wurzel des Übels liege darin, daß Westeuropa bestrebt sei, seinen Verbrauchsstandard „zu rasch und zu weit zu erhöhen“. Nach der erlauchten Meinung dieser Zeitung der Londoner Geldsäcke besteht das Hauptunglück darin, daß die europäischen Länder ihr Wirtschaftsleben nicht im Einklang mit den Exportaufgaben umgestellt haben. Das Hauptproblem, vor das die europäischen Länder gestellt sind, besteht nach Meinung der Zeitung nicht so sehr in einer Steigerung der Produktion als in der Aufsuchung neuer Absatzmethoden. Zu diesem Zweck aber müsse billiger produziert werden.

Man weiß sehr wohl, daß die Unternehmer unter Verbilligung der Produktion stets und ständig Lohnabbau verstehen. Die Londoner Zeitung glänzt in diesem Fall nicht durch Originalität. Appelle, den Lebensstandard der werktätigen Massen weiter zu senken, erklingen unaufhörlich aus dem Munde europäischer und amerikanischer Politiker. Hiervon spricht unermüdlich der labouristische Wirtschaftszauberer Stafford Cripps, hierauf beruht das Weißbuch der britischen Regierung, worin ein sogenannter „Vierjahrplan“ entwickelt wird. Der „Manchester Guardian“ nennt das Weißbuch ein „düsteres Dokument“ (grim document) und schreibt von dem darin enthaltenen Programm:

„Dies ist kein Plan im Sinne eines russischen langfristigen Plans, der detailliert niedergelegt und durchgesetzt wird. Was in dem Weißbuch gegeben wird, ist im Grunde eine Schätzung der Wahrscheinlichkeiten und ein Umriß der Gesamtpolitik, die das Vereinigte Königreich zu befolgen gedenkt, um eine weitere amerikanische Hilfe ab Mitte 1953 unnötig zu machen.“

Die englischen Labouristen kennen ein einziges Mittel zur Erreichung dieses Zieles: Senkung des Lebensstandards der Massen. Das gleiche Mittel wurde als ein Allheilmittel gegen alle Übel von Bissell, einem Gehilfen des Marshallplanadministrators, proklamiert, als dieser die

europäischen Länder zu „realistischer Planung“ aufforderte.

Um derartige Aufrufe zu einer weiteren brüskten Senkung des Lebensstandards der werktätigen Massen richtig beurteilen zu können, braucht man sich nur einigen Zahlen zuzuwenden, die in einer Mitteilung der Marshallplanadministration über die Ergebnisse des abgelaufenen Jahres veröffentlicht worden sind. In dieser Mitteilung wird ein gewisses Steigen der Stahl- und Zementproduktion registriert. Man braucht kein Spezialist zu sein, um den Zusammenhang dieser Erscheinung mit dem 1948 in den Ländern Westeuropas eingeleiteten Wetttrüsten zu erraten. Dafür ist nach den Angaben der Marshallplanadministration die Ernte in Westeuropa zwar etwas über den Stand des Vorjahres hinausgegangen, bleibt aber immer noch unter der Vorkriegsernte. Weiter wird in dem Bericht zugegeben, daß die Textilerzeugung um 25 Prozent unter dem Vorkriegsstand lag und daß der Kaloriengehalt der Lebensmittel um annähernd 5 Prozent hinter der Vorkriegszahl zurückbleibt. Weiter heißt es in dem Bericht:

„Vom Standpunkt der Qualität und der Mannigfaltigkeit der Lebensmittel bleibt die Situation in dieser Frage noch ungünstiger als vor dem Kriege.“

Nach den Angaben der gleichen „Financial Times“ bleibt in allen Ländern Westeuropas, mit Ausnahme der Schweiz und Belgiens, die Rationierung der Lebensmittel auch in diesem Jahr aufrechterhalten. In 11 Ländern ist die Zuckerzuteilung normiert, wobei in Spanien z. B. 72 Gramm die Woche abgegeben werden. Am schlechtesten ist es um die Fettportionen bestellt. Die Fettabgabe ist in 13 Ländern normiert, und zwar werden in Italien z. B. 69 Gramm wöchentlich zugeteilt. In den skandinavischen Ländern, Holland und Bizonen wurde 1948 weniger Fleisch abgegeben als 1947.

Der Lebensstandard der werktätigen Massen ist also außerordentlich niedrig. Mit der Verwirklichung des Westeuropa von den amerikanischen Imperialisten aufgezwungenen Programms „Kanon statt Butter“ werden immer stärkere Schläge gegen die Lebensinteressen der Völker geführt, die zu Elend und Hungersnot, zu Wirtschaftschao und Zerrüttung verurteilt werden.

IV

Der Marshallplan hat beileibe nicht geholfen, eines der Hauptprobleme der westeuropäischen Wirtschaft — das Exportproblem — zu lösen, nein, im Gegenteil, er hat es in eine ausweglose Sackgasse geführt. Nach den Angaben der Administration Hoffmans ist, mit Ausnahme Englands,

dessen Export im dritten Vierteljahr 1948 auf 140 Prozent der Vorkriegszeit gelangt ist, der Export der anderen westeuropäischen Länder entweder nicht gestiegen oder sogar zurückgegangen, während der Gesamtexport Westeuropas bedeutend geringer bleibt als vor dem Kriege.

Was hat zu diesem traurigen Ergebnis geführt? In einem Kommentar zu dem vorläufigen Bericht, den der Rat der Organisation für europäische wirtschaftliche Kooperation veröffentlicht hat, erklärte Thomas Knight Finletter, der Leiter der Sondermission für die Erfüllung des Marshallplans in England, dieses Dokument decke zwei Momente auf, die von großer Bedeutung seien:

„Der erste Punkt ist, daß das Wiederaufbauprogramm für Westeuropa noch schwieriger ist als allgemein angenommen wurde...

Der zweite war die ausschlaggebende Notwendigkeit einer fortschreitend engeren ökonomischen Kooperation zwischen den Nationen Westeuropas.“

Übersetzt man diese Erklärung aus der Sprache konventioneller Lügen in einfache menschliche Sprache, so bedeutet sie nichts anderes als das Eingeständnis erstens des völligen Zusammenbruchs des von den USA gegebenen Versprechens, den westeuropäischen Ländern einen raschen und erfolgreichen Wiederaufbau sichern zu wollen, und zweitens des Vorhandenseins der unüberbrückbaren Gegensätze, die das Gebäude der berühmten europäischen wirtschaftlichen Kooperation zerreißen.

Eine bestimmte Vorstellung von diesen Gegensätzen geben die mannigfaltigen Meldungen aus den einzelnen Ländern. So ließ sich die holländische konservative Zeitung „De Nederlander“, ein Organ der Christlich-Historischen Partei, in einer Zusammenfassung der Ergebnisse des Jahres 1948 dahin vernehmen, England bemühe sich, Belgien und Holland so weitgehend wie möglich zu schwächen. Besonders klar trete das in der Wirtschaftspolitik zutage. England habe seinen Markt für Waren aus diesen Ländern faktisch verschlossen. Es sei somit in seinen Beziehungen zu den anderen Ländern der Westlichen Union mit einer Katze zu vergleichen, die in ein Mäusenest eingebrochen ist.

Tatsache ist, daß die wirtschaftlichen Interessen der westeuropäischen Länder in verhängnisvoller Weise auf Schritt und Tritt miteinander kollidieren. Hieran ist nichts Erstaunliches, da die Länder Westeuropas eine mehr oder weniger gleichartige Wirtschaftsstruktur haben und da es eine Bedingung ihrer einigermaßen normalen wirtschaftlichen Entwicklung wäre, ihre Beziehungen zu den Ländern Osteuropas zu erweitern. Demgegenüber verurteilt der Marshallplan, der Europa in zwei Lager spaltet und es den west-

europäischen Ländern kurzerhand verbietet, ihre Handelsbeziehungen mit den östlichen Nachbarn zu entwickeln, die Industrieländer des westlichen Teil des Kontinents zu ausweglosen Gegensätzen. Versuche, diese Gegensätze zu schlichten, führen zu unaufhörlichen Interessenkollisionen der westeuropäischen Länder.

Am meisten fallen die Interessengegensätze Englands und Frankreichs ins Auge. Die regierenden Kreise Englands, die den Export forcieren, beschränken gleichzeitig durch drakonische Methoden den Import. Da der Umfang der Einfuhr aus den USA faktisch außerhalb des Kompetenzbereichs der Londoner Machthaber liegt, richten sich alle Beschränkungen der englischen Einfuhr vor allem gegen die Interessen der anderen Länder Westeuropas, besonders Frankreichs.

Ende Januar charakterisierte der Pariser Reuterkorrespondent den Zusammenstoß der englischen und der französischen Auffassung im Zusammenhang mit der Handhabung des Marshallplans und schrieb dazu:

„Der Konflikt entsteht aus Britanniens Wunsch, seinen Export nach Westeuropa zu vergrößern und seinen Import zu verringern, ferner durch den Wunsch Frankreichs, seinen Export nach England außerhalb der traditionellen Kategorien zu vergrößern.

Die Franzosen behaupten, Britanniens Plan würde darin resultieren, daß Frankreichs Bilanz mit der Sterlingarea passiv wird. Sie leugnen, daß sie versuchen, an Britannien mehr von ihren traditionellen Luxusexportwaren zu verkaufen. Frankreich versucht, Britannien mehr Weizen, Fleisch und Stahl zu schicken...“

Die Labourführer, deren Politik einen Schlag nach dem anderen gegen die Lebensinteressen der westeuropäischen Länder führt, geizen nicht mit heuchlerischen Ratschlägen. Sir Stafford Cripps z. B. trug in einer Unterhausrede am 27. Januar tiefsinnige Betrachtungen vor und meinte, Westeuropa könne nicht auf Erfolg rechnen, wenn es seine Anstrengungen ausschließlich auf die Vergrößerung des Industrieexports konzentriert, man solle die Produktion von Lebensmitteln und Rohstoffen, die jetzt von außen zugeführt werden, nicht vernachlässigen. Wenn es jedoch zur Tat kommt, führt die britische Regierung Weizen und Fleisch aus dem fernen Argentinien und nicht aus dem benachbarten Frankreich ein.

Zur Charakterisierung der entstandenen Situation schrieb die belgische Zeitung „Cote Libre“:

„Alle Welt möchte exportieren, aber niemand will kaufen. Eine direkte Konsequenz dieser Situation ist das Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Anstatt also ein Gleichgewicht im europäischen Austausch herzustellen, paralyisiert der Marshallplan ihn.“

In dieser Situation kann es nicht wundernehmen, daß auch unter den wärmsten Anhängern des Marshallplans eine gewisse Ernüchterung zu

beobachten ist. So hat beispielsweise die Föderation belgischer Industrieller (Fédération des Industries Belges) Anfang d. J. die Forderung aufgestellt, den Außenhandelskurs des Landes zu ändern und die Einfuhr aus den USA um zwei Drittel zu vermindern. Frederic Osterrieth, der Vorsitzende der Antwerpener Handelskammer, führte am 16. Januar in einem Bericht über die wirtschaftliche Lage des Landes aus:

„Der Marshallplan beraubt Europa der Rohstoffe. Der Marshallplan repräsentiert eine große Gefahr für die kleinen Länder, die sich, wie Belgien, ihre Existenzmittel vor allen Dingen durch kommerzielle Transaktionen mit dem Ausland erwerben.“

V

In den Pressekommentaren des regierenden Lagers, die den Perspektiven des Marshallplans gewidmet sind, herrscht Pessimismus und Unsicherheit. Die meisten Kommentare sind von dem Gefühl der Unruhe und des Alarms, von der Erwartung einer weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage der westeuropäischen Länder im laufenden Jahr erfüllt.

Man errät unschwer, aus welcher Quelle diese Stimmungen der Beunruhigung fließen. Der Marshallplan hat nicht nur die Hoffnungen der westeuropäischen Bankrotteure getäuscht, die darauf gerechnet hatten, mit Hilfe Amerikas ihren verfahrenen Geschäften aufhelfen zu können. Der Marshallplan hat auch diejenigen Ziele nicht erreicht, die ihm von den amerikanischen Monopolen gesteckt worden waren, da diese darauf gerechnet hatten, mit der sogenannten „Hilfe“ die Krise und die Arbeitslosigkeit nach Europa exportieren zu können. Das hemmungslose Wettrennen und die kriegsinflatorische Konjunktur haben sich gleichfalls als eine Arznei erwiesen, die die Gefahr der Krise nicht zu bannen vermag. Die letzten Wochen brachten zahlreiche Ereignisse, die von dem unabwendbaren Herannahen der Wirtschaftskrise in den USA zeugen. Hierfür sprechen Tatsachen wie der Rückgang der Preise und der Aktienkurse (in zwei Tagen — am 4. und 5. Februar — wurden die an USA-Börsen notierten Aktien um 2 Milliarden Dollar entwertet); das rasche Ansteigen der Arbeitslosigkeit, die sich auch nach den stark zusammengestrichenen offiziellen Zahlen auf 3 Millionen Vollarbeitslose beläuft; die steigende Zahl der Bankrotte und Zusammenbrüche von Unternehmungen. Die Gefahr der in den USA herannahenden Wirtschaftskrise trifft wie ein Querschläger die Länder Westeuropas, deren Machthaber das Schicksal ihrer Völker den amerikanischen Monopolen anvertraut haben.

Charakteristisch ist ein Artikel des Washingtoner Korrespondenten der britischen Wochen-

schrift „The Observer“ unter dem Titel „Krisis (slump) — eine Gefahr für den Marshallplan“. In diesem Artikel wird mitgeteilt, nach dem Sinken der Preise und der Kurse an den USA-Börsen Anfang Februar sei das Publikum „außerordentlich empfindlich (hypersensitive) für das finanzielle Barometer“.

Im USA-Kongreß werden nach der Meinung des Artikelschreibers unweigerlich Stimmen laut werden, die verlangen, daß die für den Marshallplan bestimmten Dollarmittel im Interesse der Krisenbekämpfung verwendet werden. Weiter schreibt der Mann:

„Nach der Meinung offizieller ECA-Vertreter läßt sich in einer Periode des Booms einer solchen Art Druck erheblich zäherer Widerstand entgegensetzen als in der jetzigen gespannten Situation, wo das ganze Land darüber nachdenkt, ob es nicht an der Grenze einer neuen Depression steht.“

Aus derartigen Urteilen über die Lage spricht die begreifliche Befürchtung, daß der Marshallplan, der im abgelaufenen Jahr klägliche Ergebnisse gezeitigt hat, Westeuropa in diesem Jahr noch schwerere Folgen bringen könnte. Wie dem auch sein mag, der reale Effekt dieses Plans ist bisher nur an einem zu spüren: an der wachsenden Knechtung der westeuropäischen Länder durch die britisch-amerikanischen Weltherrschaftsprätendenten, die diese Länder als Schachfiguren in ihrem abenteuerlichen Spiel betrachten. Die erwähnte Zeitung „De Nederlander“ hat das bittere Eingeständnis gemacht, daß jedes in Holland gegessene Stück Brot zur Hälfte amerikanischer Herkunft ist. Wer fremdes Brot esse, der singe auch ein fremdes Lied, der rede auch mit einer fremden Stimme.

Eben „mit einer fremden Stimme“ reden die regierenden Kreise der westeuropäischen Länder, wenn sie gehorsam im Fahrwasser der britisch-amerikanischen Politik segeln, die von den hirnverbrannten Ideen einer gewaltsamen Errichtung der Weltherrschaft inspiriert wird. Mit „fremder Stimme“ reden sie, wenn sie die Schaffung aggressiver Kriegsblocks in Gestalt der Westlichen Union und des Nordatlantikpaktes, die Spaltung Deutschlands und Europas, die antikommunistische Hysterie, die Kriegspsychose, die Linie auf Sprengung der UNO, den „kalten Krieg“ gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie gefügig billigen. Auf das Geheiß Washingtons handelnd, isolieren sich die Agenten der Marshallisierung Westeuropas immer mehr von den Volksmassen, entlarven sie sich immer mehr als Kreaturen eines fremdländischen Imperialismus, die die Grundlagen der wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit ihrer Länder untergraben.

Internationale Umschau

(Notizen)

STIMMEN DER VERNUNFT GEGEN DIE KRIEGSHYSTERIE

Die Spitzfindigkeiten des USA-Statsdepartements, das sich anstrengt, den aggressiven Nordatlantikpakt als notwendige, lediglich zu Abwehrzwecken gedachte Maßnahme darzustellen, werden selbst von gewissen Vertretern bürgerlicher Kreise der USA kritisiert.

Wie aus der Presse ersichtlich ist, versandte der bekannte Newyorker Bankier James Warburg Anfang Februar d. J. an viele Mitglieder des USA-Kongresses eine Denkschrift gegen den Nordatlantikpakt. Da der in Aussicht genommene Pakt nicht alle europäischen Länder erfassen werde, erklärt Warburg, so biete er eine Möglichkeit „zur Aggression gegen nichtbeteiligte Länder“. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus dem zweiten Weltkrieg und des Abscheus der Volksmassen Europas gegen die Brandstifter eines neuen Krieges spricht Warburg die Befürchtung aus, der Pakt könne die USA nötigen, im Falle eines Krieges zu einer Strategie zu greifen, die zu einem „neuen Dünkirchen von Riesenausmaßen“ führen würde. Zum Abschluß erklärt der Verfasser der Denkschrift, der beabsichtigte Pakt sei „eine vernunftwidrige, gefährliche Waffe des kalten Krieges“.

Der amerikanische Historiker Professor Nettels von der Cornelluniversität veröffentlichte in der „New York Times“ ein Schreiben, in dem er sich gleichfalls gegen das Hirngespinnst ausspricht, der Nordatlantikpakt sei für die militärische Sicherheit der USA erforderlich. Den Sophismen des Staatsdepartements stellt Nettels den einfachen gesunden Menschenverstand gegenüber. Ohne Schwierigkeit weist er nach, daß der projektierte Nordatlantikpakt in krassestem Widerspruch zu dem englisch-sowjetischen Bündnis steht, das im Mai 1942 abgeschlossen wurde und dem zufolge England sich verpflichtet hat, bis 1962 keinerlei Bündnis oder Koalition gegen die Sowjetunion beizutreten. Weiter entwickelt Nettels die Behauptungen des Staatsdepartements bis zu ihrem logischen Schluß und schreibt, die Aufrechterhaltung des englisch-sowjetischen Bündnisses könne

„nur eins von zwei Dingen bedeuten: entweder hat sich Rußland keiner schweren Vergehen schuldig gemacht oder England trägt in gleichem Maße wie Rußland die Verantwortung für begangene Vergehen. Ist Rußland keiner ernsten Vergehen schuldig, so sollte es

scheinen, als lägen keinerlei stichhaltige Gründe für den Abschluß des vorgeschlagenen atlantischen Pakts vor. Ist Rußland ernsthafter Vergehen schuldig, so hätte England sich von dem Bündnis mit einem solchen Verbrecher lossagen müssen.“

Der Verfasser dieses Schreibens legt dar, wie absurd und anfechtbar die Winkelzüge des Staatsdepartements vom Standpunkt der gewöhnlichen menschlichen Logik sind. Aber der amerikanische Historiker zieht vielleicht nicht in Betracht, daß die Politiker in Washington und London bei ihrem verbrecherischen Unterfangen der Vorbereitung eines neuen Krieges sich wenig um Logik und Vernunft kümmern. Im Gegenteil, sie sind darauf aus, die Stimme der Vernunft durch einen Schwall bössartiger Lügen, durch Entfachung einer Kriegspsychose zu ersticken, die die Menschen ihrer gesunden Denkfähigkeit beraubt.

Nettels stellt dieser Psychose eine realistische Behandlung der Angelegenheit gegenüber und gelangt zu folgendem Schluß:

„Ist der atlantische Pakt nicht gegen Rußland gerichtet, so kann er vom amerikanischen Gesichtspunkt aus gegen keine Macht gerichtet sein, die die Sicherheit der USA zu bedrohen imstande wäre. Deshalb hätte der Pakt nicht das geringste mit der militärischen Sicherheit der USA zu tun. Er nähme nur den Charakter einer Methode an, Geld aus der amerikanischen Staatskasse zugunsten fremder Staaten herauszupumpen, noch dazu in einer Weise, die der Bundesverfassung gemäß völlig unzulässig ist.“

Bei diesen Erwägungen ist der amerikanische Historiker nicht weit von der Wahrheit entfernt. Er hätte noch hinzufügen können, der Pakt, der nichts mit der Verteidigung der USA zu tun hat, sei eine Aggressionswaffe gegen andere Länder. Millionen seiner Mitbürger überzeugen sich mit jedem Tag immer mehr davon, daß die Monopolherren, die am Staatsruder der USA stehen, sich nicht im geringsten um die Bundesverfassung kümmern, wenn es sich um die Ausführung ihrer eigennützigen und für den Frieden gefährlichen Absichten handelt.

WOHIN MIT STANLEY?

Am 2. Februar fand hinter verschlossenen Türen eine Sitzung der Parlamentsfraktion der Labourpartei unter Beteiligung Attlees, Morrisons und namhafter, in Regierungsdiensten stehender Juristen statt. Auf dieser Sitzung wurde endgültig beschlossen, die Affäre der käuflichen Labourbonzen (Gibson, Belcher u. a.) als „erledigt“ zu

betrachten und ad acta zu legen. Hierzu haben sie allem Anschein nach den Segen der konservativen Parlamentsopposition, der eine Entlarvung der Finanzleute der City, die an der illegalen Börse Stanleys beteiligt gewesen waren, keineswegs in den Kram paßt.

Jetzt bleibt nur eine Frage offen, die den Labourpolitikern zu schaffen macht. Wie könnte man den Abenteurer Stanley loswerden, den Busenfreund und kommerziellen Berater fast sämtlicher Führer der Labourpartei, diesen Kronzeugen, der über die Korruption in ihrem Kreis Aufschluß geben kann? Ihn einfach hinter Gefängnistoren verschwinden zu lassen, geht nicht an, dafür müßte ihm in aller Form der Prozeß gemacht werden, wobei die schmutzigen Geschäfte der Labourspitzenclique wieder einmal der Öffentlichkeit preisgegeben wären. Wer weiß, was für Geheimnisse der von seinen hochgestellten Gönnern aufgegebene, erbitterte Gangster Stanley diesmal ausplaudern würde! Das wäre jetzt, wo es bis zu den Parlamentswahlen in England nur noch etwas mehr als ein Jahr hin ist, doch recht peinlich!

Die schlaunen Advokaten der Labourregierung fanden bald einen sehr bequemen Ausweg: da Stanley nicht englischer Staatsangehöriger ist, wurde kurzerhand beschlossen, ihn auszuweisen. Stanleys Aussagen gemäß ist er in Polen geboren. Aber er weigert sich entschieden, in dieses Land zurückzukehren, und appelliert sogar an die Presse. Er verlangt, in die USA abgeschoben zu werden. „Amerika wird mich gern aufnehmen“, erklärte er dem Korrespondenten der „News Chronicle“.

Es ist nur natürlich, daß ein Mensch, der sich auf die Organisation geheimer Verbindungen zwischen Ministern und Geschäftsmachern großen Formats spezialisiert hat, in ein Land zu reisen wünscht, wo solche politischen Gangster obenauf sind. In den USA hätte Stanley wirklich unbegrenzte Möglichkeiten. Stanleys Frau war vor kurzem schon mit Empfehlungsschreiben an James Carey, den Kassenwart des Kongresses der Industrieverbände, und Matthew Woll, den Vizevorsitzenden der Amerikanischen Arbeitsföderation, in Neuyork.

Noch nie war die Nachfrage nach Spezialisten für die „Umgarnung“ und Bestechung reformistischer Führer in den USA so groß wie gerade jetzt. Stanley ist auf diesem Gebiet wirklich eine Kapazität. Hat er etwa die Absicht, Mitarbeiter der internationalen Abteilung des Kongresses der Industrieverbände zu werden, in dessen Apparat schon sein leiblicher Bruder, Marcus Wulkan, als „juristischer Berater“ tätig ist?

Stanley diene bei der Organisation und Finanzierung eines geheimen Büros, das von reaktionären Gewerkschaftsführern in England zum „Kampf gegen die Opposition in den Trade Unions“ aufgezoogen wurde, den Geschäftsmachern der City als Mittelsmann. Er käme jetzt Carey bei der Spaltung der Arbeiterbewegung und bei der Bildung einer neuen gelben internationalen Gewerkschaftsorganisation sehr gelegen. Hat doch Stanley besser als jeder andere bei der Zusammenarbeit mit den Bossen der Trade Unions die Technik der Bestechung rechtsstehender Gewerkschaftsbonzen studiert.

Kein Wunder, daß das Land des Dollars und der politischen Gangsterkorporationen, die Heimat eines Pendergast und eines John Foster Dulles, diesen Vertreter der Londoner Unterwelt und Vertrauensmann der Londoner City wie ein Magnet anzieht.

EIN LABOUR-MALTHUSIANER

In englischen Reisehandbüchern wird Jamaika ein „tropisches Paradies“ genannt. In Wirklichkeit ist es ein „tropischer Slum“. Das hat der Parlamentsabgeordnete Thomas Driberg im Unterhaus bezeugt, der in seiner Rede das Augenmerk der Regierung auf die schweren Lebensbedingungen der Stammbevölkerung Britisch-Westindiens lenkte. Driberg erklärte, auf Jamaika herrsche chronische Arbeitslosigkeit. Er habe selbst gesehen, daß Menschen in Elendshütten aus Pappe und Blech leben. Im staatlichen Krankenhaus lägen zwei bis drei Patienten in einem Bett.

Driberg forderte, die Regierung solle dringende Maßnahmen zur Verbesserung der Lage in dieser englischen Kolonie ergreifen.

Aber Arthur Creech Jones, der von seinen Diehardvorgängern mit dem bequemen Sessel des Kolonialministers auch ihre Mißachtung für die Bedürfnisse der Kolonialvölker geerbt hat, nahm diese himmelschreienden Tatsachen mit olympischer Ruhe auf. Ohne mit der Wimper zu zucken, erklärte er, die Bevölkerung Jamaikas sei selbst an ihrem Elend schuld, da sie sich zu schnell vermehre. Der erfinderische Minister fuhr fort:

„Es muß etwas geschehen, um die Öffentlichkeit Westindiens für die Geburtenregelung einzunehmen. Andernfalls werden alle unsere Bemühungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet Schiffbruch erleiden.“

In diesem Versuch, die erzreaktionäre und längst entlarvte Theorie von Malthus wieder aufleben zu lassen, tritt die Scheinheiligkeit der Labourführer, die sich so gern über die Fortentwicklung der englischen Kolonien auslassen, klar zutage. Während der Wahlkampagne verbreitete

sich Creech Jones, damals Mitglied des Komitees für Arbeitsfragen der Kolonien im Generalrat des britischen Trade-Union-Kongresses, besonders über seine Sorge für die Hebung des Lebensniveaus und das Wohl der Kolonialbevölkerung. Wie sich jetzt herausstellt, begrenzt sich diese Sorge darauf, zu bewirken, daß möglichst wenige von denen am Leben bleiben, für die zu sorgen er vorgab.

STRASSER ALS BUDDHA

Wie die „Berliner Zeitung“ meldet, fanden sich am 6. Februar d. J. in einer Kneipe des amerikanischen Sektors von Berlin 150 Hitlerfaschisten zusammen. Bei einer Molle dünnen Biers beschloßen sie, eine „neue Bewegung“ zu gründen, und erklärten einen gewissen Karl Walter zu ihrem „Führer“.

Unter den Fittichen der „amerikanischen Demokratie“, die Kommunisten ins Gefängnis wirft, fühlen sich die faschistischen Unholde wohlgeborgen. Sie sind bereit, die alte Leier von vorn zu beginnen. Wie nach dem ersten Weltkrieg, kommen auch jetzt wieder in den Kneipen Banden faschistischen Gesindels zusammen.

Offensichtlich ist die „neue Bewegung“ eine solche Bande von Hitlerverbrechern. Zwei Einzelheiten der Zeitungsmeldung sind interessant.



Zeichnung von BORIS JEFIMOW

Erstens hat der neugebackene „Führer“ Karl Walter erklärt, er habe jahrelang den Buddhismus studiert und wolle ihn in Deutschland zur Anwendung bringen. Zweitens führte er aus, seine Bande brauche einen eigenen, einen „deutschen Buddha“. „Vielleicht“, so sagte Walter, „wird unser Buddha Otto Strasser heißen.“

Man kann dem Begründer der „neuen Bewegung“ Galgenhumor und eine gewisse Konsequenz nicht absprechen. Wenn die von General Clay geschaffenen Zustände als Demokratie hingehen können, warum soll dann Strasser nicht als Buddha gelten?

Bernhard Shaw sagte einmal als Begründung dafür, warum er nicht in die USA reisen wolle:

„Warum sollte ich reisen?... Es gelüstet mich nicht, die Freiheitsstatue zu sehen... Ich bin ein Meister komischer Ironie, aber selbst mein Appetit auf Ironie reicht nicht so weit!“

Von jetzt ab werden Leute, die in den amerikanischen Teil Deutschlands fahren, den Anblick Otto Strassers als Buddha ertragen müssen.

LEGALISIERUNG DES NEONAZISMUS IN ÖSTERREICH

Am 4. Februar wurde in Salzburg (amerikanische Besatzungszone) mit viel Aufwand die Gründung einer neuen österreichischen Partei verkündet, die sich „Verband der Unabhängigen“ nennt. Warum dies Ereignis in der österreichischen Presse so lebhaft erörtert wurde, wird restlos klar, wenn man das Wesen dieses neuen Verbandes, die politische Charakteristik seiner Gründer und die von ihnen proklamierten Ziele und Aufgaben in Augenschein nimmt.

Der Hauptgründer des „Verbandes“ ist Herbert Kraus, der als ehemaliger Mitarbeiter eines Goebbelsblättchens bekannt ist und sich während des Krieges auf dem zeitweilig von den Hitlerfaschisten besetzten Sowjetterritorium als Hitlerspion betätigte. Die andern Gründer des Verbandes passen zu Kraus, wie der Deckel zum Topf. Was aber die Ziele und Aufgaben der neuen Partei betrifft, so vermittelt eine Erklärung, die Kraus auf einer Pressekonferenz in Salzburg abgab, eine Vorstellung von ihrer Beschaffenheit. Die neue Organisation erblickt ihre Hauptaufgabe darin, zur wirklichen Verteidigerin der Interessen der ehemaligen Mitglieder der Hitlerpartei in Österreich zu werden, ihre volle rechtliche Gleichstellung durchzusetzen sowie zu erreichen, daß ihnen Möglichkeiten zur politischen Organisation geboten werden.

Man braucht nicht besonders scharfsichtig zu sein, um zu erkennen, daß die Gründung einer derartigen Organisation die Wiederherstellung einer offenen Nazi-Partei in Österreich bedeutet. Das hat auch Kraus eigentlich nicht geleugnet; er erklärte, seinem Verband werde sicher sofort Neonazismus vorgeworfen werden. Eine solche Feststellung kann selbstverständlich den mit allen Wassern gewaschenen Hitlerfaschisten, der von den amerikanischen Besatzungsbehörden begünstigt wird, nicht irremachen. Dafür gerieten die Führer der österreichischen Regierungsparteien, der sogenannten Volkspartei und Sozialistischen Partei, aus dem Häuschen. Was sie aufregt, war jedoch nicht die skandalöse Tatsache der Legalisierung des neonazistischen Verbandes in Österreich, sondern der Umstand, daß der „Verband der Unabhängigen“ bei den bevorstehenden Parlamentswahlen als Konkurrent der Partei FiGs und der Partei Schöris auftreten wird, und zwar als ein Konkurrent, der darauf ausgehen wird, zum Anziehungspunkt für die reaktionären Kräfte des Landes zu werden und eine Million Stimmen der ehemaligen Nazis und ihrer Familienmitglieder für sich zu gewinnen.

Führer und Zeitungen der Volkspartei und der Sozialistischen Partei suchen den Anschein zu erwecken, als hätten sie nichts mit Herbert Kraus

und seinen Kumpanen gemein. Das Organ der Volkspartei, „Das kleine Volksblatt“, distanziert sich von dem neuen Konkurrenten und riskiert es sogar, die Organisatoren des Verbands in Salzburg „die letzten Rekruten des Hitlerreichs“ zu nennen. Das Blatt verschweigt natürlich, daß diese letzten Rekruten Hitlers schon längst von neuen, amerikanischen Werbern gekauft sind. Der „Verband der Unabhängigen“ hat, wie sich herausstellt, dieselben Chefs wie die Volkspartei und die Sozialistische Partei!

Der Neofaschismus in Österreich ist eine unmittelbare Folge der Politik der regierenden Parteien, die den Hitlerschen Nachtrab sorgfältig hüten. Jetzt sind die amerikanischen Auftraggeber der Meinung, der Zeitpunkt zur Legalisierung einer Nazi-Partei sei gekommen. Hat Kraus doch betont, daß sein „Verband“ berufen ist, gegen die „Gefahr der ständig zunehmenden Radikalisierung“ der Volksmassen anzukämpfen.

Die Entrüstung des Volkes über das Schalten und Walten der USA-Monopole nimmt in Österreich ebenso wie in den andern Ländern Westeuropas tatsächlich immer mehr zu. Es steht jedoch außer allem Zweifel, daß die „letzten Rekruten des Hitlerreichs“ ebenso unfähig sind, dieses Wachstum zum Stillstand zu bringen, wie ihre Kollegen, die heute in Österreich an der Macht sind.

Der Prozeß gegen Kardinal Mindszenty

(Notizen eines Korrespondenten)

F. POTJOMKIN

VOM 3. bis zum 8. Februar fand vor dem Budapester Volksgericht in der Markóstraße der Prozeß gegen Kardinal Mindszenty statt. In dem gotischen Saal hatten auf den halbkreisförmig ansteigenden Bänken außer dem Publikum die Berichterstatter von 27 europäischen und amerikanischen Telegraphenagenturen Platz genommen. Die schwarzen Kutten der katholischen Pressevertreter stachen hervor.

Auf der Anklagebank saß József Mindszenty, das Oberhaupt der katholischen Kirche Ungarns. Die Anklage lautete auf Vorbereitung einer Verschwörung gegen die Republik sowie auf Landesverrat und Devisenschiebung. Vor Gericht standen ferner Jusztin Baranyai, der zweite Leiter der Verschwörerorganisation, András Zakar, Mindszentys Privatsekretär, und der große

Bodenmagnet Pál Eszterházy, der die Verschwörer mit Geldmitteln versehen und sich ebenfalls mit Devisenschiebungen befleißigt hat. Die übrigen Angeklagten, Miklós Nagy, Béla Ispánky und László Tóth, waren Spione, die fremden Mächten dienten, und Devisenschieber.

In Journalistenkreisen rief die Eröffnung des Prozesses ein regelrechtes Fieber hervor. Die reaktionäre Presse sämtlicher Länder, vor allem die britische und die amerikanische, betrieb nicht nur eine energische Kampagne zur Verteidigung Mindszentys, sondern verbreitete eine Fülle wildester Gerüchte zu diesem Fall. Da Mindszenty, durch Schuldbeweise in die Enge getrieben, seine Verbrechen gestand, wurde von den katholischen Kreisen die Lesart in Umlauf gesetzt, der Kardinal sei nicht zurechnungsfähig, man habe ihm

Gewalt angetan, ihn „benebelt“ und derlei mehr. Es war indes vom Prozeßbeginn an klar, daß sich Mindszenty in ganz normalem Zustand befand. Insbesondere mußte dies die Reuteragentur bezeugen. Ihr Berichterstatter stellte fest:

„Des Kardinals Verhalten vor Gericht, die Deutlichkeit seiner Worte und die Tatsache, daß er gestern abend“ (am 3. Februar) „nach fünfständigem, fast ununterbrochenem Verhör frisch zu sein schien, entkräfteten die Behauptung, er könne ‚gefoltert‘ oder ‚benebelt‘ worden sein.“

Michael Burn, Berichterstatter der Londoner „Times“, meldete:

„Er macht den Eindruck, daß er weiß und wirklich meint, was er spricht, und vom Platz Ihres Korrespondenten im Gerichtssaal kann er genau beobachtet werden.“

Mindszenty selber erklärte, gleich den anderen Angeklagten, er habe sich über die Behandlung in der Untersuchungshaft nicht zu beklagen. Diese Erklärung vernahmen nicht nur die im Gerichtssaal Anwesenden, sondern auch die Rundfunkhörer in allen Ländern, da man die Prozeßverhandlungen per Funk übertrug...

* * *

Durch unwiderlegliche Beweise wurde das Verbrechen der Angeklagten vor Gericht festgestellt. Originaldokumente wurden vorgelegt und verlesen, die die Verschwörung und ihren Zweck sowie die Verbindungen der Angeklagten enthüllten. Da waren ihre eigenen Schreiben, Gesuche, Geheimpläne, der Briefwechsel mit der amerikanischen Gesandtschaft in Budapest und mit den Spionagezentralen im Ausland sowie Quittungen über den Empfang von Waren und Geld zur Bezahlung von Spionageberichten.

Diese Dokumente waren aus einer etwa meterlangen Aluminiumröhre hervorgeholt worden, die man im Keller des Esztergomer Schlosses von Mindszenty gefunden hatte. András Zakar, der Archivar der Organisation, hatte alle Dokumente sorgfältig aufbewahrt. Er hoffte natürlich, sie einer ganz anderen Stelle als dem Gericht der Ungarischen Republik vorlegen zu können.

Die von ihren Verteidigern zu „Märtyrern“ ihrer religiösen Überzeugung gemacht werden, haben sich nicht nur als schmutzige politische Schieber, sondern auch als Erzspione erwiesen, die ihre Heimat verschachern wollten. In der Anklageschrift waren ihre Verbrechen genau formuliert. Mindszenty hatte an der Spitze einer illegalen Monarchistenorganisation gestanden, die den Sturz der demokratischen Ordnung und die Vernichtung der Republik erstrebte. Er befaßte

sich mit Spionage und suchte eine Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Ungarns zu erwirken. Unter Mißbrauch seiner Stellung als Oberhaupt der katholischen Kirche bekämpfte er die demokratischen Reformen. Gleichzeitig tätigte er Devisenschiebungen, durch die er gewaltige Gelder einheimste.

Mindszenty hat seine Schuld bekannt. Die Beweise waren derart unwiderleglich und das Verbrechen so offenkundig, daß er auf dem Prozeß gar nicht erst versuchte, die Rolle des Seelsorgers zu spielen, der „für das Christentum“ leidet.

Da steht er in seiner schwarzen Kutte vor den Richtern und sagt aus. Er spricht vorsichtig, wählt seine Worte sorgsam und bemüht sich, alles zu leugnen, was sich nur leugnen läßt. Durch die Beweise an die Wand gedrückt, sucht er eine gerade Antwort zu vermeiden. Mitunter lügt er. Überführt man ihn, sucht er die Sache zu verwirren. Dann mimt er „Demut“. Zuletzt erkennt er die Tatsachen der Reihe nach an.

Am ersten Prozeßtag verlas man einen Brief Mindszentys an den Justizminister, worin er diesen bat, das Verfahren niederzuschlagen, da er selber bereit sei, sich mit der ungarischen Demokratie zu „versöhnen“, und sich anheischig mache, auch die katholische Kirche mit ihr „auszusöhnen“. Das war morgens. Am gleichen Abend aber verlas der Vorsitzende einen anderen an Selden Chapin, den amerikanischen Gesandten in Budapest, gerichteten Brief Mindszentys, den er aus dem Gefängnis zu schmuggeln versucht hatte. Darin berichtete Mindszenty, daß die Anklageschrift abgefaßt sei, und bat Chapin, ihm eilends zur Flucht aus dem Gefängnis zu verhelfen und ein Flugzeug zur Verfügung zu stellen.

Zu Beginn des Prozesses pflegte Mindszenty noch zu posieren: er ließ die Perlen des Rosenkranzes durch die Finger gleiten, hielt das Evangelium in den Händen, flüsterte Gebete und hob die Augen gen Himmel. Antwortete er dem Vorsitzenden und dem Volksstaatsanwalt, so versuchte er, einen gewissen Schulmeister-ton anzuschlagen. Aber all diese Scheinheiligkeit fiel rasch von ihm ab und zerstob, sobald Vilmos Olty, der Vorsitzende des Volksgerichts, die vom Kardinal eigenhändig geschriebenen Dokumente vorlegte. Angesichts dieser Beweise schlägt der Verbrecher die Augen nieder und murmelt mit nervösem Zucken des Kopfs:

„Ich bedaure das jetzt...“

Mindszenty war seinerzeit einer der größten Feudalherren Ungarns. Die demokratische Agrarreform entzog ihm zugunsten des Volks 825 000 Hold Boden (ein Hold ist etwas mehr als ein

halber Hektar). Mindszenty haßte das demokratische Staatssystem und schmiedete Pläne, um die Habsburger Monarchie in Ungarn unter der Ägide der USA wieder einzusetzen. Mit den entarteten Sprößlingen dieser Dynastie stand er durch die USA-Gesandtschaft in Kontakt.

Gemeinsame Klasseninteressen verbanden den kirchlichen Feudalherrn Mindszenty mit einem weltlichen Feudalherrn, dem Gutsbesitzer Herzog Eszterházy. Der hatte 223 000 Hold Boden besessen. Von Mindszenty war ihm die Rückgabe dieser Ländereien versprochen worden, sobald dessen Verschwörungsplan realisiert und die Republik vernichtet sein würde. Den Weg zur Verwirklichung ihrer Pläne aber sahen beide Erzreaktionäre in einem neuen Weltkrieg.

Der Gerichtsvorsitzende fragte Mindszenty:

„Wie konnten Sie, der Mentor von Christen, der Vater der ungarischen Katholiken, sich mit der Vorbereitung eines neuen blutigen Gemetzels befassen?“

Hierauf folgte die scheinheilige Antwort:

„Wo denken Sie hin, wo denken Sie hin, habe ich etwa einen Krieg gewollt? Ich habe den Krieg nur als Basis angesehen...“

Der Vorsitzende: „Dann erzählen Sie doch dem Gericht, vielleicht haben Sie etwas zur Verhinderung eines neuen Kriegs unternommen? Aus Ihren Dokumenten geht ja hervor, daß Sie alle Ihre Hoffnungen gerade auf den Krieg gesetzt hatten...“

Mindszenty besann sich lange, hob dann die Augen gen Himmel und gab die dürftige Antwort: „Ich habe gebetet...“

Aus dem Publikum erscholl Gelächter... Das verstummte jedoch bald. Im Saal wurde es still. Man erkannte auf einmal den abscheulichen Kern der Pläne Mindszentys und seiner ausländischen Gönner. Aus dem ganzen Verlauf des Prozesses war klargeworden, daß diese Pläne nur ein Kettenglied der imperialistischen Verschwörung der Kriegsbrandstifter gewesen waren, die sich gegen die Länder der Volksdemokratie, gegen die Sowjetunion, gegen den Frieden der Völker richteten.

Mindszenty wurde bei seiner Wühlarbeit gegen das volksdemokratische Staatssystem in Ungarn von den regierenden Kreisen der USA und vom Vatikan unterstützt, inspiriert und angestachelt. Er stand in direkter und enger Verbindung mit den diplomatischen Vertretern der USA in Budapest, anfangs mit H. F. Arthur Schoenfeld, dem Leiter der USA-Mission in Ungarn, und später mit dem Gesandten Chapin.

Der in Übersee ansässige ungarische Kronprätendent Otto von Habsburg empfahl Chapin dem Kardinal Mindszenty als einen Menschen, der die

monarchistische Verschwörung in Ungarn mit felsenfester Entschlossenheit unterstützen werde. Tatsächlich belebte sich die Verbindung Mindszentys mit dem amerikanischen Spionagedienst merklich, sobald Chapin in Budapest eintraf. Chapin forderte und erhielt von Mindszenty Spionagemeldungen über die politische Lage in Ungarn, über den Zustand der ungarischen Volkswirtschaft und über andere Dinge. Mindszenty sammelte diese Informationen mit Hilfe der ihm unterstellten kirchlichen Körperschaften.

Er begriff, daß das demokratische Staatssystem in den Volksmassen wurzelt und daß man es mit Hilfe der im Lande verbliebenen reaktionären Elemente unmöglich ausrodern kann. Deshalb ersuchte er in seinen Briefen an Chapin und bei persönlichen Begegnungen mit diesem unablässig um amerikanische Einmischung.

Eine interessante Einzelheit: um den wirtschaftlichen und politischen USA-Einfluß in Ungarn koste es was es wolle zu verankern, schlug Mindszenty vor, amerikanische Firmen sollten in Ungarn große Besitztümer erwerben. So schrieb er in einem Brief vom 20. September 1947, besagte Firmen sollten außer den Erdölfeldern, über die sie in Ungarn verfügen, noch andere Unternehmungen ankaufen.

Welche Bedeutung offizielle USA-Kreise den Meldungen Mindszentys beimaßen, beweist ein vor Gericht verlesenes Schreiben des USA-Kriegsministers Kenneth Royall, worin dieser äußert, er halte es für notwendig, Mindszentys Wünsche „eingehend zu prüfen“... Welcher Art die Wünsche des Verschwörerkardinals waren, ist bekannt.

Mindszenty war mit Washington und New York auch durch den amerikanischen Kardinal Spellman verbunden, der ihn zu Wühlzwecken mit Geldmitteln versah.

Der Prozeß zeigte, in welche Richtung der Vatikan die Tätigkeit seines Kardinals und bevollmächtigten Vertreters in Ungarn gelenkt hat. Die Anweisungen des Vatikans stellten Mindszenty ständig auf den Kampf gegen das volksdemokratische Staatssystem ein sowie darauf, die kirchlichen Vorrechte zu dessen Untergrabung auszuschlachten. Im wesentlichen lief Mindszentys ganze Tätigkeit als Oberhaupt der Kirche darauf hinaus, die Religion zur Aufwiegelung der Öffentlichkeit gegen das demokratische Staatssystem auszunutzen. Er betrieb nicht nur eine erbitterte Kampagne gegen den Gesetzentwurf, dem zufolge die Leitung der Schulen dem Staat übertragen wird, sondern trat auch gegen jedwede demokratische Reform, gegen jegliche fortschrittliche Regierungsmaßnahme auf

Mindszenty hinderte die Herstellung normaler Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und der ungarischen demokratischen Regierung, die sich bekanntlich an eine Politik restloser Glaubens-toleranz und Religionsfreiheit hält.

Die wirkliche Fratze dieses Dieners der Kirche als eines eigensüchtigen politischen Abenteurers, eines vaterlandslosen und prinzipienlosen Intriganten kam in der Verhandlung deutlich zum Vorschein. Kirche und Religion galten ihm nur als Tarnung im Kampf für materielle Interessen und persönliche Privilegien. Er erkannte im Prozeß rundheraus an, daß er in Ungarn die Habsburger Monarchie hatte wiederherstellen wollen, weil dies für ihn das Mittel zur Wiedererlangung des Grundbesitzes sowie zur Ergatterung persönlicher Macht gewesen wäre: in „der Übergangszeit“ wollte er „Staatsoberhaupt“ werden.

Mindszenty's Komplizen sind eine Galerie typischer Abbilder der Fäulnis der Reaktion und der Verkommenheit jener Klassen, die in Ungarn nie wieder zur Macht kommen werden.

Béla Ispánky war einer der einflußreichsten Teilnehmer der monarchistischen Spionageorganisation. Dieser dicke katholische Mönch mit fettig glänzender Miene hat die jesuitische Spionageschule in Rom absolviert. Er hatte die Verbindung zwischen Esztergom und den ausländischen Freunden Mindszenty's aufrechtzuerhalten. Mit den Waren, die er nach Ungarn bugsierte, bezahlte er Spionageberichte, die er im Palast des Kardinals entgegennahm. Vor Gericht versuchte er erfolglos, sich herauszuwinden und herauszulügen. Er wurde vollständig überführt.

Miklós Nagy, Sekretär der Organisation „Actio Catholica“, war Devisenschieber. Vor Gericht wollte er anfangs nachweisen, daß er an volksfeindlichen Handlungen nicht beteiligt gewesen sei. Scheinheilig stand er mit betend gefalteten Händen da. Als aber dem Gericht Dokumente vorgelegt wurden, die die auf dem „Schwarzen Markt“ geübte Dollarspekulation bestätigen, begannen die Hände nervös in der Luft herumzufuchteln... Das Leugnen nützte nichts. Auch dieser Scheinheilige wurde durch Beweise an die Wand gedrückt.

Der Spion László Tóth ist ein früherer Journalist, der für Mindszenty Geheimberichte über die Industrie sammelte. Er versuchte das Gericht irrezuführen. Überstürzt redete er ohne Ende, als fürchtete er, man würde ihm vorzeitig Einhalt gebieten. Aber das Volksgeschicht ist geduldig — der Vorsitzende beschränkte die Redezeit der Angeklagten nicht ein einziges Mal. Endlich verstummte László Tóth. Da wurden ihm auf den Kopf zu einige Fragen gestellt:

„Wieviel haben Sie das erstmal für Spionageberichte bekommen? Das zweitemal? ... Das siebentemal? ...“

Im Saal herrscht Totenstille. Aber da wird der Spion unversehens taub. Er bedauert, schlecht zu hören. Dann ist ihm nicht verständlich, wonach der Vorsitzende eigentlich fragt. Er kann die Fragen nicht beantworten — er hat vergessen, er erinnert sich nicht genau. Durch Tatsachen, Zeugen und Dokumente überführt, beginnt er wieder wie aufgezogen mit kreischender, sich überschlagender Fistelstimme zu reden...

* * *

Der Prozeß fand in vollster Öffentlichkeit statt. Das ganze Land kannte den Fall Mindszenty in allen Einzelheiten. Während des Prozesses wurden in Fabriken, Dörfern und Ämtern Arbeiter-, Bauern- und Intellektuellenversammlungen abgehalten, auf denen man über den Prozeß eingehend informierte. Das ganze Land forderte harte Bestrafung der Verbrecher, die sich an den Errungenschaften des Volks vergreifen hatten und Ungarns Unabhängigkeit hatten verschachern wollen.

Die ungarischen Werktätigen wiesen empört die verleumderischen Erdichtungen zurück, die von der Westpresse in Sachen Mindszenty verbreitet wurden. Entkräftet wurden diese Erdichtungen übrigens auch von den Berichterstattern der westlichen Presse, die dem Prozeß beiwohnten. Als in den amerikanischen und britischen Zeitungen Nachrichten über eine „strenge Zensur“ erschienen und der Wahrheit zuwider behauptet wurde, daß die Dolmetscher, die den Berichterstattern zur Seite standen, die Aussagen der Angeklagten entstellten, da dementierten die Berichterstatter diese Verleumdung. Dies Dementi unterschrieben Peter Furst, Berichterstatter der Reuteragentur, Michael Burn, Berichterstatter der Londoner „Times“, Andrew Morton, Berichterstatter der Agentur Associated Press, und andere Korrespondenten.

* * *

Die Gerichtsverhandlung erwies klipp und klar die Schuld der Angeklagten. Sie selber leugneten sie nicht. Was blieb Mindszenty übrig? Im Schlußwort erklärte er voll heuchlerischer Reue, das Urteil solle „Unterpfand und Hoffnung auf eine Lösung und einen Ausweg sowohl im Ausland wie innerhalb des Landes“ sein.

Der Wink war deutlich. Der Kardinal rechnete auf den Beistand seiner ausländischen Gönner. Tatsächlich wurde ein sehr energischer Versuch unternommen, das Gericht von außen her unter Druck zu setzen. Der britische Außenminister

Bevin gab am 7. Februar eine spezielle Erklärung voll heftiger Ausfälle gegen die ungarische Regierung ab, deren Handlungsweise nach Bevins Meinung „mit den englischen Begriffen von Menschenrecht und Freiheit“ nicht übereinstimme.

Diese Erklärung und die nachfolgende britische Note wurden in Budapest als unzulässiger Versuch einer Beeinflussung des Gerichts bewertet und als Einmischung in Ungarns innere Angelegenheiten verworfen. Ebenso zeitigte auch der Druck der USA kein Ergebnis. Das Gericht sprach sein Urteil über die Verbrecher. József Mindszenty wurde wegen Organisierung einer Verschwörung gegen die Republik und die demokratische Staatsordnung, wegen Landesverrats sowie wegen Devisenschlebung zu lebenslanglichem Zuchthaus nebst Vermögensentziehung verurteilt.

Baranyai und Eszterházy wurden zu je 15 Jahren Zuchthaus nebst Vermögensentziehung verurteilt, András Zakar zu 6 Jahren Zuchthaus, Béla Ispánky zu lebenslanglichem Gefängnis, László Tóth zu 10 Jahren und Miklós Nagy zu 3 Jahren Zuchthaus.

* * *

Das Urteil ist gefällt. Wir verlassen den Saal und betreten die Markóstraße. In Budapest sind strahlende, warme Vorfrühlingstage eingezogen.

Die Donau war in diesem Jahr nicht zugefroren. In der dunklen Flut schwimmen nur einzelne dünne Eisschollen. Über dem Wasser schimmern weiße Möwenflügel. In den Straßen herrscht Frühlingsstimmung. Man drängt sich in den Läden: die Preise für Lebensmittel und andere Waren sind unlängst wieder herabgesetzt worden. Was die „westlichen“ Beobachter auch zusammenlügen mögen — der Lebensstandard der Bevölkerung übersteigt den der Vorkriegszeit bereits um 15 Prozent. Man merkt diese Besserung auf Schritt und Tritt.

Das ungarische Volk hat soeben den dritten Jahrestag seiner Republik gefeiert. In den drei Jahren wurde im Lande eine gewaltige schöpferische Arbeit geleistet. Die Industrie liefert mehr Erzeugnisse als vor dem Krieg. Die ungarische Demokratie erstarkt. Im Lande entstehen Ausschüsse der unabhängigen Ungarischen Front, in denen sich Arbeiter und werktätige Bauern zusammenschließen. Sie sollen das Recht des ungarischen Volks verteidigen, friedlich zu schaffen und das Land zum Sozialismus zu führen; sie sollen die Errungenschaften der ungarischen Volksdemokratie gegen die Anschläge der Imperialisten und ihrer Agenten verteidigen und festigen, von denen man eine Gruppe soeben ins verläßliche Kittchen gesteckt hat...

Budapest, Februar 1949

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Der Mechanismus des „Garnisonstaats“

L. ROWINSKI

DIE BEZEICHNUNG „Garnisonstaat“ ist vor etwa einem Jahr in den USA aufgekommen und hat sich in der Wall Street schon einigermaßen eingebürgert. Manche Großindustriellenverbände und -ausschüsse stellen sogar Programme für Forschungsarbeiten mit eigenartigen soziologischen Themen auf, die mit der Umwandlung der USA in einen „Garnisonstaat“ zusammenhängen. Philip D. Reed, Verwaltungsratsvorsitzender der General Electric Corporation, der die Leitung derartiger Forschungsarbeiten im Ausschuß für wirtschaftliche Entwicklung übernommen hat, gab im Sommer v. J. folgende vielsagende Erklärung ab:

„Die internationalen Ereignisse verheißen, daß wir so manches kommende Jahr in einem Garnisonstaat werden leben müssen.“

Man braucht nicht daran zu zweifeln, daß Reed unter den „verheißungsvollen internationalen Ereignissen“ die Folgen des auf Eroberung der Weltherrschaft gerichteten Kurses versteht, den die regierenden USA-Kreise eingeschlagen haben. Reed erklärte damals, „Garnisonstaat“ bedeute dasselbe wie „bewaffnetes Lager“. Mit andern Worten: der USA-Außenpolitik soll die vollständige Militarisierung der Staatsverwaltung, des gesamten wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Lebens des Lands sowie der

Existenzbedingungen des amerikanischen Volks entsprechen.

Die „New York Times“ hat, als sie diese Äußerung Philip Reeds veröffentlichte, natürlich keine besondere Entdeckung gemacht: die Militarisierung der USA ist eine bekannte Sache. Aber aus begreiflichen Gründen bemühen sich die regierenden USA-Kreise, den inneren Mechanismus der Umwandlung der USA in einen „Garnisonstaat“ und die wirklichen Triebfedern dieses Mechanismus vor dem Volk geheimzuhalten. Um so interessanter ist eine Abhandlung, betitelt „Die neue Kriegswirtschaft“ (The New War Economy), die der fortschrittliche amerikanische Publizist James Allen verfaßt und die Neuyorker Zeitschrift „Political Affairs“ im Dezember 1948 veröffentlicht hat.

James Allen ist bekannt als Verfasser der Bücher „Schlacht für die Demokratie“ (The Battle for Democracy), „Die Negerfrage in den USA“ (The Negro Question in the United States) und besonders des 1946 erschienenen Buchs „Weltmonopole und Friede“ (World Monopoly and Peace), in dem er auf Grund umfangreichen Tatsachenmaterials den Anteil der internationalen Truste und Kartelle an der Entfaltung imperialistischer Kriege sowie die Politik der amerikanischen Monopole dargelegt hat, die nach der Weltherrschaft trachten. Allens jetzige Arbeit, „Die neue Kriegswirtschaft“, zeigt an Hand gedrängten aber überaus vielsagenden Materials die Nachkriegsphase der sich in den USA vollziehenden Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht in den Händen der Monopole sowie die Verfilzung des Monopolkapitals mit der Spitzenclique des Staatsapparats; er umreißt den „Garnisonstaat“ und die Art und Weise, wie er entsteht.

Gekennzeichnet werden die Maßstäbe der unverhüllten Militarisierung der USA vor allem durch den Anteil der Rüstungskredite am Bundeshaushalt. J. Allen analysiert Angaben über das verflossene Rechnungsjahr (1. Juli 1947 bis 30. Juni 1948), in dem für unmittelbar militärische Zwecke mehr als 14 Milliarden Dollar, d. h. 34 Prozent aller Staatshaushaltsmittel, bewilligt wurden. Berücksichtigt man, daß darüber hinaus 2–3 Milliarden Dollar für solche offenkundig militärischen Zwecke wie die „Unterstützung“ Griechenlands, der Türkei und Kuomintangchinas sowie für Waffenlieferungen laut Marshallplan verbraucht worden sind, dann hat die Summe der Rüstungsausgaben im Haushaltsjahr 1947/48, einem Friedensjahr, annähernd 17 Milliarden Dollar betragen, d. h. mehr als 1941, zur Zeit des Eintritts der USA in den Krieg gegen die faschistische „Achse“!

Allens Arbeit erschien vor Trumans Kongreßbotschaft über den Staatshaushalt für 1949/50, dem zufolge fast drei Viertel aller Staatsausgaben dem Moloch des Militarismus und der Aggression geopfert werden.

Der Milliardenaufwand für Kriegsvorbereitungen, der zunehmende Anteil dieses Aufwands am Staatshaushalt wie am Nationaleinkommen, das kolossale Anwachsen der Streitkräfte und das tolle Wettrüsten charakterisieren den Grad der Militarisierung des Lands nur sehr unvollständig und noch weniger deren bedrohliche Folgen für das amerikanische Volk. Der ganze Staatsmechanismus der USA militarisiert sich nicht nur in dem Sinn, daß die Vorbereitungen für einen Angriffskrieg zu seiner Hauptfunktion geworden sind, sondern auch insofern, als in diesem Mechanismus die sich in den letzten Jahren immer enger verflechtende Clique der Magnaten von Rüstungsindustriemonopolen und der Berufsmilitaristen, der Generale und Admirale, unmittelbar kommandiert.

J. Allen zählt Dutzende Namen aktiver Generale und Admirale auf, die wichtige Staatsposten in diplomatischen und anderen Zivilämtern sowie Präsidenten- und Direktorenposten in den größten Monopolen innehaben. Andererseits machen zahlreiche Besitzer, Aktionäre und Direktoren solcher Finanz- und Industriemonopole wie Dillon, Read and Company, duPont, Emerson Electric, Sperry Corporation u. a. sich jetzt in Sesseln von Ministern und stellvertretenden Ministern breit (Forrestal, Symington, Draper, Vanderbilt und Barrows), sie haben aber auch leitende Posten in allen erdenklichen militärischen und halb-militärischen Regierungsausschüssen, Verwaltungen und Kommissionen inne, von denen Staatsaufträge vergeben, Mobilmachungspläne aufgestellt und strategisch wichtige Materialien angekauft werden. Selbstverständlich vermochte Allen in seiner kurzen Abhandlung weder ein halbwegs vollständiges Verzeichnis noch Charakterbeschreibungen aller großen Geschäftemacher, Generale und Admirale zu bieten, die zusammen die Angelegenheiten des „Garnisonstaats“ betreiben. Für ein solches Verzeichnis wäre ein besonderer, ziemlich umfangreicher Band vonnöten. Aber auch die von Allen zitierten Beispiele enger Verbundenheit zwischen den Anführern des Militärklüngels und den Rädelsführern der Monopole bezeugen unstreitig, daß „das Militär sich vertrustet, das Trustkapital hingegen sich militarisiert“.

Die Folgen dieses Prozesses und seine Wechselbeziehungen zur Kriegsvorbereitung, zum Anwachsen des Militarismus und zur verstärkten Kontrolle der größten Monopole über die ganze Wirtschaft und Politik der USA werden von J. Allen

sehr plastisch aufgezeigt. Man braucht sich nur anzusehen, wie Staatsaufträge von den Regierungsorganen vergeben werden, in denen die Monopolherren und der Militärklüngel so eng miteinander verknüpft sind. Allen bemerkt einleuchtend:

„Ausgaben von annähernd 20 Milliarden Dollar jährlich sind an und für sich eine furchtbare Waffe, besonders wenn von einem einzigen Zentrum aus mit ihnen manipuliert werden kann.“

Wer verfügt tatsächlich über diese Waffe und wie wird sie gehandhabt?

Die wichtigsten Regierungskörperschaften, durch deren Hände die Dutzende Dollarmilliarden der Rüstungskredite gehen, sind das sogenannte Munitionsamt und das sogenannte Nationalamt für Sicherheitsressourcen. Zu ihrem Aufgabenkreis gehört sowohl die industrielle Mobilmachung als auch die Koordinierung der Ankäufe für alle Waffengattungen, d. h. der im Namen des Staats getätigte Abschluß riesiger Rüstungsverträge mit den als Lieferanten fungierenden Gesellschaften. Vorsitzender der ersten dieser Körperschaften, des Munitionsamts, ist D. F. Carpenter, der Vizepräsident der Remington Arms Company (eines Tochterunternehmens des Chemietrusts duPont). Vorsitzender des Nationalamts für Sicherheitsressourcen war bis vor kurzem Arthur Hill, Präsident der Greyhound Corporation. Stellvertretender Vorsitzender ist R. E. Gillmor, Vizepräsident der Sperry Corporation und Direktor der Fairchild Engine and Airplane Corporation — zweier Firmen, die beträchtliche Rüstungsaufträge erhalten.

Es ist leicht zu begreifen, daß bei der gegenwärtigen Zentralisierung der Rüstungswirtschaft und Besetzung leitender Posten in den Regierungskörperschaften durch direkte Vertreter der Monopole eine Handvoll größter Monopolherren den Löwenanteil des Dutzende Milliarden Dollar umfassenden Militärhaushalts faktisch unter sich aufteilt.

Natürlich geht diese Verteilung in tiefer Verschwiegenheit vor sich; aber selbst die wenigen Beispiele, die in die Presse gedrungen sind und von J. Allen zitiert werden, enthüllen das wirkliche Bild. So sind z. B. von den Flugzeugbestellungen, die 1948 im Gesamtwert von 3 Milliarden Dollar vergeben wurden, zumindest zwei Drittel auf nur 6 der größten Gesellschaften entfallen. Eine andere Tatsache: mehr als 70 Prozent des Riesenauftrags auf Millionen Meter Wollstoff für die Armee bekamen die drei mächtigsten Wollfabrikationsgesellschaften, wobei eine von ihnen — die American Woolen Company — zwei Fünftel dieses ganzen Auftrags erhielt.

So steht es nicht nur mit den laufenden Rüstungsbestellungen. Parallel erfolgt die Vorberei-

tung zur allgemeinen Mobilmachung der amerikanischen Industrie für einen Krieg. J. Allen gelangt auf Grund von Tatsachen zu der Schlußfolgerung, die jetzt im Stadium der Ausarbeitung befindlichen Projekte für die industrielle Mobilmachung seien

„ein Bestandteil des Programms der größten Monopolistengruppen, das die Ausbreitung ihrer Herrschaft im Lande erstrebt“.

Denn erstens beteiligen sich an dieser Projektierung hauptsächlich die Leiter einiger weniger führender Mammutmonopole wie General Motors, Standard Oil of New Jersey, General Electric und American Telephone and Telegraph Company. Zweitens dient sie den größten Monopolen als machtvolleres Mittel, sich die minder großen Gesellschaften gänzlich unterzuordnen, als Mittel zur weiteren Kartellierung der Wirtschaft.

Für die minder großen Gesellschaften bedeutet die Nichteinbeziehung ihrer Unternehmungen in die Mobilmachungspläne der Rüstungsindustrie einen Verlust an Mangelrohstoffen, Ausrüstung, Arbeitskräften und dergleichen. Angesichts einer solchen Drohung sehen sich die minder großen Unternehmungen, wie die „New York Times“ berichtete, genötigt, sich ganz dem Schema einer „führenden Gesellschaft“ („leader company“ scheme) in ihrem Industriezweig einzuordnen. Mit andern Worten: die größten Monopole werden ganz offen zu einer Art „Führern“ der gesamten USA-Wirtschaft. Diese Aussicht, die teilweise schon zur Realität wird, verstärkt den Wolfisappetit der Monopolherren noch mehr und vergrößert ihr Interesse an der Weckung einer Kriegspsychose, an künstlich gesteigerter Aufrüstung, an einem noch schnelleren Übergang zum „Garnisonstaat“.

Ohne Ende zanken die Monopole sich wütend um das eine oder andere Stück des Militär- und Staatsbudgets, das sich auf viele Milliarden beläuft. Zusammen aber umdrängen die größten Monopole diesen Kuchen in dichtem Kreis, er ist ihnen ganz und gar zum Fraß überlassen: in Gestalt von Rüstungsaufträgen; in Gestalt auf Staatskosten gebauter Werke, die ihnen fast umsonst übereignet werden; in Form von Staatskrediten für Forschungsarbeiten in der Industrie; in allen erdenklichen Spielarten des Ankaufs strategisch wichtiger Materialien durch den Staat zu Preisen und unter Bedingungen, die von den Monopolen selber diktiert werden.

Die Innen- und Außenpolitik der USA wird gänzlich von den Interessen der Monopole bestimmt. Wie Allen überzeugend nachweist, deutet schon der Charakter der projektierten Industriebilmachung — ganz davon zu schweigen,

daß die amerikanischen Militaristen auf Fernbombardierungen und auf die Atombombe, d. h. auf eine unstreitige Angriffswaffe bauen — unwiderleglich darauf hin, daß der gesamte politische Kurs der regierenden USA-Kreise keineswegs defensiv, sondern scharf expansionistisch ist.

Die wichtigste Triebfeder dieser Politik des amerikanischen Monopolkapitals ist natürlich die Gier nach weiterhin wachsenden Profiten. Dies Motiv liegt dem Streben der amerikanischen Monopole nach Eroberung der Weltherrschaft zugrunde. Auf dem Profitmotiv beruht die in hohem Grad schon jetzt erreichte Militarisierung der USA-Wirtschaft, die den Monopolen beispiellose Riesengewinne eingebracht hat. So haben sich z. B. in der ersten Hälfte v. J. die Gewinne der 525 wichtigsten Korporationen, den Angaben der National City Bank of New York zufolge, nach der Steuerentrichtung auf der Höhe von 18,8 Prozent gehalten, ja in Industriezweigen wie der Erdöl- und Automobilindustrie auf noch beträchtlicherer Höhe: 23,1 und 25,1 Prozent. Der Drang, diese Profitquote beizubehalten, sie sogar zu steigern und den Eintritt der unvermeidlichen Wirtschaftskrise hinauszuschieben, stachelt die im Lande allmächtig waltenden Monopolherren von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat dazu an, weitere Aufrüstung zu erstreben.

Die Programme zur Militarisierung des Landes, die eine Aufrechterhaltung und sogar eine weitere Steigerung der phantastischen Monopolprofite vorsehen, bedeuten zugleich eine heftige Senkung des Lebensstandards Dutzender Millionen einfacher Amerikaner und vor allem der Arbeiterklasse der USA. Darüber sprechen die von den Monopolen bevollmächtigten Leiter der Kerninstitutionen des „Garnisonstaats“ im engen Kreise offenherzig genug. J. Allen führt hierzu zwei miteinander zusammenhängende Äußerungen an. Die erste stammt von dem schon erwähnten R. E. Gillmor, dem Vizevorsitzenden des Nationalamts für Sicherheitsressourcen. Auf einer Tagung von Vertretern der Geschäftswelt erklärte er:

„Gegenwärtig ist die Wirtschaft voll belastet, und daher würde die Umstellung der landwirtschaftlichen und industriellen Kapazität auf militärische Zwecke eine jähe Senkung des Verbrauchsniveaus erfordern...“

Welche praktische Bedeutung solche Einschränkung des Verbrauchs für die Werktätigen hat, ist daraus ersichtlich, daß bei der Ausarbeitung des Entwurfs eines Gesetzes „über neue militärische Vollmachten“ folgendes Prinzip der Regierungsberater zum Vorschein kam:

„... das Jahr 1932 muß als Mindestbasis für die Festsetzung der Zivilbedürfnisse angenommen werden. Vorgeschlagen wird dies Jahr deshalb, weil es einen Tiefstand in der Depression zeigte, d. h. eine Periode,

wo der Lebensstandard notgedrungen niedrig war, das Land aber noch längst nicht hungerte.“

Solcher Art sind die Programmthesen für den „Garnisonstaat“: einerseits Rüstungssteigerung und beschleunigte Kriegsvorbereitungen, neue Profite in Höhe Dutzender Milliarden für die Monopole; andererseits Senkung des Lebensstandards des amerikanischen Volks auf ein Hungerniveau. Natürlich begreifen die Projektierer des „Garnisonstaats“, daß Dutzende Millionen einfacher Amerikaner — in erster Linie die Arbeiterklasse — der Verwirklichung eines solchen Programms nicht zustimmen können und daß man es der Arbeiterklasse folglich aufzwingen muß.

Die Mittel und Wege, mit denen dies Aufzwingen in den USA schon im gegenwärtigen Gründungsstadium des „Garnisonstaats“ besorgt wird, kann man, unbeschadet ihrer Vielfältigkeit, in zwei Hauptgruppen einteilen: administrativer und polizeilicher Terror gegen alle irgendwie fortschrittlichen Organisationen und zumal gegen die Organisationen der Arbeiterklasse; Versuche der Entwaffnung und Demoralisierung der Arbeiterklasse nicht nur durch die verkommene kapitalistische Presse, sondern auch durch Bemühungen von Leuten à la Green und Carey, die in den amerikanischen Gewerkschaften führende Posten einnehmen. J. Allen bemerkt, daß die Organisatoren des „Garnisonstaats“ begonnen haben, die Spitzenclique der Gewerkschaften zu offenerer und aktiverer Teilnahme an der Aufstellung der Programme für die Mobilmachung der Rüstungsindustrie heranzuziehen. So haben z. B. das Nationalamt für Sicherheitsressourcen und noch früher Forrestal die Gewerkschaftsführer zu Beratungen über verschiedene Fragen der Kriegsvorbereitungen zusammen mit Bankiers, Industriellen und Generalen eingeladen. Mit Recht führt Allen aus:

„Die schändliche Hetze gegen die Roten und die Spaltungsaktion der Spitzenclique auf der im November durchgeführten Landestagung der beiden größten Gewerkschaftsbünde, wo die Forderungen der Mitgliedschaft nach Schutz ihres sinkenden Lebensstandards unberücksichtigt blieben, waren vorbereitende Schritte zu vollständigerer Beteiligung an dem kartellartigen koordinierten Mobilmachungsprogramm.“

Die derzeitigen Machthaber der USA hoffen, daß diese ihre Lakaien, denen der Zutritt in die gute Stube halb versprochen ist, die Gewerkschaftsverbände Amerikas in eine Art fügsame Anhängsel des „Garnisonstaats“ verwandeln können.

Das amerikanische Volk hat, namentlich bei den vorjährigen Novemberwahlen, sehr anschaulich demonstriert, daß es, der entfesselten militaristischen Propaganda zum Trotz, für den

Frieden und für freundschaftliche Zusammenarbeit der USA mit anderen Staaten, besonders mit der Sowjetunion, entsteht. Die wachsende Volksbewegung in den USA mit der Forderung nach Zügelung der eng verbündeten Magnaten des Monopolkapitals und Rädelsführer der Militärkaste, nach Friedenspolitik, Beseitigung der Sklavenhaltergesetze (von der Art des Gesetzes Taft-Hartley), Verbesserung der materiellen Lage der Werktätigen — diese Volksbewegung hat Truman vor den Novemberwahlen gezwungen, dem Volk bestimmte, mit der „Garnisonstaats“-politik unvereinbare Versprechungen zu machen.

Allerdings haben die ersten Monate nach den Wahlen gezeigt, daß der Präsident durchaus nicht geneigt ist, diesen Versprechungen nachzukommen. Aber damit nicht genug. Die in diesen Monaten veröffentlichten offiziellen Regierungsdokumente, darunter einige Botschaften Trumans, zeugen von dem Bestreben, die Expansionspolitik ganz rücksichtslos fortzusetzen. Man hat jedoch keinen Grund zu der Annahme, das amerikanische Volk werde ruhig mit ansehen, wie die ihm gegebenen Versprechungen gebrochen werden, deren Erfüllung die Lebensinteressen Dutzender Millionen einfacher Amerikaner erheischen.

Die Logik der Militarisierung des Landes, die Logik des „Garnisonstaats“ führt unvermeidlich zu Abenteuererei und Krieg. Aber die Magnaten

des Monopolkapitals sind trotz ihren Wünschen, die oft mit der Wirklichkeit verwechselt werden, selbst in ihrem eigenen Land keineswegs allmächtig. James Allen schließt seine Abhandlung mit folgenden Zeilen:

„Denjenigen, die einen Krieg planen, kann Einhalt geboten werden, bevor sie den Krieg unvermeidlich machen, wenn die Gegenkräfte gegen Krieg und Faschismus unentwegt an der Organisation des Volkswiderstands gegen jeglichen Angriff auf das Lebensniveau, auf die demokratischen Rechte und die friedlichen Lebensverhältnisse des amerikanischen Volks arbeiten werden.“

Diesem Urteil muß man zustimmen. Die Gegenkräfte gegen Krieg und Faschismus sind, auch in Amerika selber, trotz dem Polizeiterror der militaristischen Cliquen, im Wachsen begriffen, sie mehrten sich und erstarken. Noch gigantischer wachsen die Kräfte des gesamten internationalen demokratischen Lagers, die dem von den Obermachern des „Garnisonstaats“ geführten imperialistischen Lager gegenüberstehen. Die grandiosen Erfolge, die das demokratische Lager in allen Erdteilen während der letzten Monate errungen hat, flößen der ganzen fortschrittlichen Menschheit die Zuversicht ein, daß die Abenteuerpläne der amerikanischen Imperialisten Schiffbruch erleiden werden, daß die Sache des Friedens, der Demokratie, des Sozialismus den Sieg davontragen wird.

AUS DEM BRIEFKASTEN DER REDAKTION

Brief eines ägyptischen Journalisten

Nachstehend bringen wir einen bei der Redaktion eingegangenen Brief von einem ägyptischen Journalisten, in dem wichtige Angaben über die Lage der ägyptischen Presse und die Zustände gemacht werden, die die imperialistischen Mächte in Ägypten geschaffen haben. Obwohl die Redaktion den Brief mit einer gewissen Verspätung erhalten hat, ist er zweifellos nach wie vor aktuell.

Der Artikel „USA-Monopole in Ägypten“, der in der „Neuen Zeit“ vom 7. Juli v. J. erschienen ist, hat mich sehr interessiert; er zeigt, daß der ägyptischen Frage Interesse entgegengebracht wird. Bekanntlich sind die ausländischen Monopole, unter denen Ägypten und sein Volk seit vielen Jahren zu leiden hat, die Urheber dieser Frage.

Ich benutze die Gelegenheit und halte es für meine Pflicht, als alter Journalist Ägyptens die Aufmerksamkeit Ihrer Leser auf das verderblichste ausländische Monopol zu lenken, von dem Ägypten bedrängt wird, und zwar auf das in unserem Lande bestehende englisch-amerikanische Pressemonopol.

Die wirklich ägyptische Presse ist faktisch illegal — eine Erscheinung, die in keinem demokratischen Lande ihresgleichen hat. Die Auslandsinformation, die in der Presse Ägyptens erscheint, wird von einem ganz engen

Kreis ehrloser Leute kontrolliert, sie geht von amerikanischen und englischen Nachrichtenagenturen sowie von eigenen Korrespondenten aus, die sich in London und Washington befinden. Auch sie sind Engländer oder Amerikaner.

Vor dem zweiten Weltkrieg wurde die Presse Ägyptens hauptsächlich von englischer Seite kontrolliert. Die amerikanischen Agenturen kamen an zweiter Stelle. Während des Krieges aber begannen die USA bei der Eroberung der öffentlichen Meinung Ägyptens ernsthaft mitzukurrieren. Die amerikanischen Nachrichtenagenturen dehnten ihre Tätigkeit erheblich aus, sie stellten ägyptische Staatsbürger als Korrespondenten ein, die ihnen Informationen aus dem Lande selbst liefern.

Im Jahre 1940 wurde in der USA-Botschaft in Kairo eine Organisation mit dem Namen United States Information

Service gebildet, die täglich drei Nachrichtenbulletins, und zwar in arabischer, französischer und englischer Sprache, herauszugeben begann. Diese Bulletins waren angefüllt mit verschiedenster amerikanischer Propaganda zu Fragen der Politik, der Volkswirtschaft, der Wissenschaft, der Kultur usw. Die Bulletins wurden den Zeitungsredaktionen kostenlos zugestellt. Die amerikanische Propagandaorganisation verschaffte nicht nur ihren lügnischen Propagandapapieren Eingang in die ägyptische Presse, sondern wirkte auch mit Hilfe direkter Bestechung auf sie ein.

Die englische Botschaft suchte ihrerseits, dieser starken amerikanischen Konkurrenz durch Erweiterung und Verstärkung ihrer sogenannten Publicity Section (Propagandaabteilung) entgegenzuwirken. Diese Botschaft begann unter der Marke einer Near East Agency ebenfalls ein Nachrichtenbulletin herauszugeben und es den ägyptischen Zeitungsredaktionen kostenlos zuzuschicken. Was die Bestechung der Presse betrifft, so war sie von der englischen Botschaft auch früher schon weitgehend praktiziert worden. Sie bestach und besticht die meisten ägyptischen Zeitungen und Zeitschriften mit Summen von 150—300 Pfund Sterling im Monat.

Dennoch konnte die amerikanische Propaganda die englische während des Krieges merklich verdrängen, sie lieferte der ägyptischen Presse etwa doppelt soviel Material wie die englische Propagandastelle.

Unter solchen Umständen beschloß die englische Botschaft, außer der Near East Agency noch eine „halbamtl. Nachrichtenagentur“ unter dem Namen Arabic News Agency zu schaffen. Für das von dieser Agentur herausgegebene Bulletin wird ein geringer Bezugspreis erhoben, um den Anschein zu erwecken, es handle sich hier um eine unabhängige Agentur. In Wirklichkeit wird sie von den englischen Imperialisten subventioniert und dient als zusätzliches Mittel ihrer Propaganda im Nahen Osten.

Leider muß zugegeben werden, daß es dieser englischen Nachrichtenagentur bisher gelingt, die ägyptische Öffentlichkeit, ebenso wie die der andern arabischen Länder, schamlos zu betrügen. Übrigens ist diese englische Agentur für unsere Zeitungen die Hauptnachrichtenquelle sowohl in internationalen Fragen als auch in Fragen der Innenpolitik. Sie verpestet die politische Atmosphäre in allen arabischen Ländern, übt einen bedeutenden Einfluß auf die öffentliche Meinung aus und zwingt arabische Kreise, die internationalen und einheimischen Tagesereignisse durch eine englische Brille zu sehen. Interessant ist festzustellen, daß die meisten der von dieser Agentur gelieferten Informationen im Einklang mit den Zielen der englischen imperialistischen Politik im Nahen Osten hier in Kairo selbst fabriziert werden, und zwar von gewiegten englischen Redakteuren, denen Ehrlichkeit ganz abgeht.

So suchen die Fälscher aus dieser Agentur durch ihre giftsprühende Propaganda in den arabischen Ländern den Eindruck hervorzurufen, als sei jede nationale Bewegung, die die Befreiung des Landes von ausländischem Einfluß zum Ziel hat und sich gegen die käuflichen Regierungen richtet, kommunistisch und von der „Hand Moskaus“ gelenkt. Ständig übertreiben sie ohne Gewissensbisse die

Spannung in der internationalen Atmosphäre, entfachen eine Kriegspsychose und suchen die falsche Vorstellung zu erwecken, als „bedrohe“ die Sowjetunion den Nahen Osten, und als seien die Angelsachsen wohl gar von Gott ausersehen, ihn vor einer „roten, kommunistischen Aggression“ zu schützen.

In den letzten Monaten brachten die englischen Behörden mit Hilfe ihrer Nachrichtenagenturen viel Propagandamaterial über die Palästinafrage durch unsere Presse in Umlauf, in dem auf Schritt und Tritt mit dem für die englische Propaganda charakteristischen Zynismus die „unverbrüchliche Freundschaft“ der Engländer für die Araber hervorgehoben wurde.

Kurz und gut, in der englischen Propaganda, die namentlich von der sogenannten Arabic News Agency betrieben wird, macht man alle Anstrengungen, um die öffentliche Meinung irrezuführen. Diese Agentur ist ein Werkzeug des englischen Imperialismus, dem es darum zu tun ist, die leidgeprüften arabischen Völker in der Lage von Sklaven zu erhalten. Dafür sind alle Mittel recht: Verrat, Intrige, Einschüchterung, Erpressung, Nötigung zur Unterzeichnung für sie nachteiliger Verträge und Militärbündnisse, zur Bildung von Blocks, die nicht im Interesse der Araber liegen. Besonders muß auf die Umtriebe der Angelsachsen zwecks Bildung des berüchtigten Orientblocks hingewiesen werden, der sich unmittelbar gegen die unentwegte Gegnerin des Imperialismus, die große Sowjetunion, richtet.

Leider hängen die verantwortlichen Staatsmänner Ägyptens in ihrer Außenpolitik größtenteils von der verlogenen und irreführenden angelsächsischen Propaganda ab, sie stehen im Banne dieser Propaganda und leisten ihr Vorschub. Unsere Außenpolitik wird nach den Wünschen der Angelsachsen, entgegen den Wünschen der überwiegenden Mehrheit des einfachen Volkes Ägyptens betrieben. Dieses Volk beginnt aber immer mehr einzusehen, wohin ein solches Spiel unserer Führer das Land bringen kann.

Ich möchte noch hinzufügen, daß die meisten Inhaber unserer ägyptischen Zeitungen insgeheim von englischen und amerikanischen Regierungskreisen bestochen sind, indem sie von ihnen zu verschiedenen Geschäftsunternehmungen, zu gemeinsamem „Busineß“ herangezogen werden. Selbstverständlich stehen unsere Zeitungen, durch dieses „Busineß“ beeinflusst, ihren Lesern nur solche Informationen auf, die in vollem Einklang mit den imperialistischen Interessen stehen. Infolge dieses „Busineß“ ist uns endgültig jede Möglichkeit genommen, unsere wahren Gefühle und Gedanken frei zu äußern.

Mein Wunsch wäre es, daß die Leser der „Neuen Zeit“ sich ein Bild davon machen, welche Gefahren die von den englisch-amerikanischen Monopollagenturen in imperialistischem Interesse verbreitete Lügeninformation für die arabische Welt, namentlich für das ägyptische Volk, mit sich bringt...

P. S. Wenn Sie es für notwendig erachten, meinen Brief in Ihrer Zeitschrift abzu drucken, so bitte ich, meinen Namen ungenannt zu lassen, damit ich von der politischen Polizei Ägyptens nicht verfolgt werde, die unter Kontrolle des englischen Intelligence Service steht.

2. Februar

In Athen beginnt ein Prozeß gegen 36 griechische Patrioten, die der Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei angeklagt sind.

6. Februar

Der 7. Parteitag der Kommunistischen Partei Norwegens kommt zum Abschluß, nachdem er ein Manifest angenommen hat. Darin wird das norwegische Volk zum Zusammenschluß gegen die Regierungspolitik aufgerufen, durch die das Land in einen USA-Stützpunkt und in ein Aufmarschgebiet zum Kampf gegen die Sowjetunion verwandelt werden soll.

7. Februar

Eröffnung der 8. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO in New York.

8. Februar

Der Sicherheitsrat beginnt mit der Erörterung der am 19. November v. J. von der UNO-Generalversammlung angenommenen Resolution betr. Verbot der Atomwaffe und Einschränkung der Rüstungen und Streitkräfte der fünf Großmächte um ein Drittel. Der Sowjetdelegierte J. A. Malik bringt im Rat einen Resolutionsentwurf ein, durch den der Ausschuß für konventionelle Rüstungen verpflichtet wird, zum 1. Juni d. J. einen Plan über Einschränkung der Rüstungen und Streitkräfte auszuarbeiten; der Atomenergieausschuß soll eine Konvention für das Atomwaffenverbot und die Atomenergiekontrolle entwerfen. Der Resolutionsentwurf sieht ferner vor, daß die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats spätestens am 31. März d. J. vollständige Angaben über die Streitkräfte und alle Waffenarten, einschließlich der Atomwaffe, zu machen haben.

Zwecks schnellster Wiederherstellung Berlins und Entwicklung seiner Friedenswirtschaft übergibt die sowjetische Militärkommandantur dem demokratischen Magistrat Betriebe und sonstigen Besitz, der von den sowjetischen Besatzungsbehörden beschlagnahmt worden war.

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

Februar 1949

Der demokratische Magistrat Berlins beschließt die Einziehung des Eigentums von Kriegsverbrechern und aktiven Faschisten.

Das Budapester Volksgericht verurteilt Kardinal József Mindszenty wegen Landesverrat und Devisenschleibungen zu lebenslänglicher Haft; sechs seiner Komplizen werden zu verschiedenen befristeten Zuchthausstrafen verurteilt.

9. Februar

In London treten die Sonderbeauftragten der Außenminister der Sowjetunion, der USA, Frankreichs und Englands zu einer Beratung über den österreichischen Staatsvertrag zusammen.

10. Februar

Die englisch-amerikanische Mehrheit im Sicherheitsrat lehnt den am 8. Februar eingebrachten sowjetischen Resolutionsentwurf ab und billigt die Resolution der UNO-Generalversammlung vom 19. November v. J., die lediglich den allgemeinen Wunsch enthält, der Sicherheitsrat möge mit der „Untersuchung der Frage einer Regelung und Einschränkung der konventionellen Rüstungen und der Streitkräfte“ fortfahren.

Eine in Leningrad stattfindende Vollversammlung der Geographischen Gesellschaft der Sowjetunion faßt eine Resolution, in der gegen die Versuche einiger Staaten protestiert wird, Fragen, die das Regime der Antarktis betreffen, ohne Beteiligung der Sowjetunion zu regeln, obwohl russische Forschungsreisende eine hervorragende Rolle bei der Erschließung der Antarktis gespielt haben.

Die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea beantragt die Aufnahme der Republik in die UNO.

11. Februar

Die Sowjetregierung beantwortet eine Note der jugoslawischen Regierung vom 1. Februar d. J. betr. die im Januar d. J. in Moskau durchgeführte Wirtschaftskonferenz von Vertretern der UdSSR und der Länder der Volksdemokratie sowie die Gründung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe. In der Antwort der Sowjetregierung heißt es, die jugoslawische Regierung habe durch ihre feindselige Haltung gegenüber der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern selbst die Möglichkeit einer Teilnahme Jugoslawiens an der Moskauer Wirtschaftskonferenz verwirkt. In der Antwort wird ferner dargelegt, daß die Sowjetregierung eine Teilnahme Jugoslawiens an dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe für wünschenswert erachtet, diese Beteiligung jedoch nur in dem Fall möglich sei, wenn die jugoslawische Regierung ihre feindselige Politik gegenüber der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie aufgibt und zur alten Politik der Freundschaft zurückkehrt.

Das Nachrichtenbüro der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland veröffentlicht eine Erklärung anläßlich des vom sogenannten „Parlamentarischen Rat“ in Bonn gefaßten Beschlusses, wonach Berlin als 12. Land dem westdeutschen Bundesstaat angeschlossen wird. Das Nachrichtenbüro unterstreicht den provokatorischen und abenteuerlichen Charakter dieses Beschlusses und erklärt, Berlin könne nur die Hauptstadt eines geeinten deutschen Staates sein und könne, da es in der sowjetischen Besatzungszone gelegen und mit ihr verbunden sei, auf keinen Fall in den westdeutschen Separatstaat einbezogen werden.

12. Februar

Unter dem Druck des Protests der Volksmassen entläßt die englische Militärregierung in Deutschland Max Reimann, den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Westdeutschlands, aus der Haft und schiebt die Verbüßung der verbleibenden Gefängnisstrafe auf unbestimmte Zeit hinaus.

**ERSCHIENEN IST
HEFT 1 DER ILLUSTRierten ZEITSCHRIFT**

„UDSSR IM BAU“

[SSSR NA STROJKE]

„UDSSR IM BAU“ zeigt die Wiederherstellung der Volkswirtschaft der UdSSR in der Nachkriegszeit.

Die Zeitschrift bringt ausgezeichnete Photographien von dem Leben in der Sowjetunion, von ihrer Wirtschaft, Kultur und Kunst sowie von der Arbeit und dem Alltag des Sowjetvolkes.

**DAS HEFT 2 DER ZEITSCHRIFT
ERSCHEINT IN KÜRZE.**

Es wird photographische Dokumente über die Hebung des Wohlstands des Sowjetvolkes sowie Photoreportagen „Am Baikal-See“, „In den Bergen Armeniens“, „Fußballsport“, „Der Alpinismus“ enthalten.

„UDSSR IM BAU“ erscheint monatlich
in russischer, deutscher, englischer
und französischer Sprache.

AUSLANDSBESTELLUNGEN NIMMT ENTGEGEN
„MESHDUNARÓDNAJA KNIGA“, MOSKAU, KUSNEZKI MOST 18.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH IN
RUSSISCHER,
DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND
FRANZÖSISCHER SPRACHE.

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER
VÖLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR
DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHER-
HEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTLARVT DIE RÄNKE DER
FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN
ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF
GEGEN DIE KRIEGSBANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN
FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER
REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.